

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzeile 70 Pfennig, Reklamezeile 4.- Reichsmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 30. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Herriot korrigiert sich.

Seine Mittwochrede wird angefochten.

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer ergriff Ministerpräsident Herriot das Wort...

Wir haben Veranlassung, anzunehmen, daß Herriot zu dieser Erklärung von der sozialistischen Fraktion veranlaßt worden ist...

Für die Schwärzung, die Herriot am Mittwoch vollzogen hat, gibt es keine andere Erklärung als die, daß er von der Opposition in der Vatikanfrage aufs schwerste bedrängt...

Zu Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung gab der nationalsozialistische Abgeordnete Le Maire seinem Bestreben darüber Ausdruck...

Herriot

erwiderte darauf, daß er aufs tiefste bedauere, daß seine Rede bereits jetzt Anlaß zur Polemik gebe. Die von Le Maire aufgeworfene Frage sei aus dem Zusammenhang herausgerissen...

öffentlichen Anschlag der außenpolitischen Rede Herriots beschlossen. In der sozialistischen Fraktions-Sitzung, die zuvor über die von der Fraktion einzunehmende Haltung beriet...

Die Mittwochrede Herriots glaubt Gen. Frossard im 'Paris Soir' durch zwei Tatsachen erklären zu können, einmal durch den Mißerfolg der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen...

Von der deutschen Republik sei außer der Fassade nichts mehr übrig geblieben.

Die Politik Herriots sei stets auf die Unterstützung der Demokratie in allen Ländern gerichtet gewesen. Seine Rede sollte nicht nur eine Warnung an die deutsche Reaktion, sondern auch ein Appell an das demokratische Deutschland darstellen...

Die rechtsstehenden Abendblätter behandeln Herriot als einen 'ceugigen Sünder' und erklären sich bereit, seine 'verspätete Belehrung' zu verzeihen. Der reaktionäre 'Antragsmann' erklärt...

Der 'Temps' schreibt, die Rede Herriots habe gezeigt, daß, wenn es sich um seine Sicherheit handele, Frankreich eine einheitliche Front bilde. Wenn Herriots Worten seinen Worten entsprächen...

Erste Vorbereitung eventueller Räumungspläne.

London, 29. Januar. (W.L.B.) Die 'Daily News' meldet, hat die Ankunft des britischen Rheinland-Generals Lane in London erneut zu Gerüchten Veranlassung gegeben, daß eine Räumung des Kölner Gebiets erwogen werden soll...

Luthers Skandal.

Weitere Aufklärung dringend erforderlich.

Regierung und bürgerliche Parteien hatten die Absicht, den Vorstoß der Sozialdemokratischen Partei gegen die Verschleuderung vieler Hunderte von Millionen an das Ruhrkapital totzuschweigen...

Durch die Verhandlungen im Haushaltsausschuß ist einwandfrei festgestellt, daß eine gesetzliche Grundlage für das Abkommen mit den Großindustriellen nicht besteht...

Es liegt weder ein Gesetz noch eine Rechtsverordnung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung vor, auf die sich die Maßnahmen der Regierung stützen könnten...

Die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen von der Deutschen Volkspartei behaupten jetzt, daß die damaligen Zusicherungen an das Ruhrkapital eine Tat der Großen Koalition sei...

Die Verhandlungen haben aber auch Klarheit über die Höhe der bisher verschleuderten Summen ergeben. Die Befürchtungen, die man in dieser Hinsicht hegen mußte, sind weit übertroffen worden...

Die Schwerindustrie des Ruhrgebiets, der diese Entschädigungen von dreiviertel Milliarden zugesprochen sind, hat bis in die letzten Tage hinein in der Öffentlichkeit über die Höhe der sozialen Belastung geklagt...

Nicht aufgeklärt wurde bisher die Frage, in welcher Art die Berechnung der Schäden erfolgt ist. Von dem Drängen der sozialdemokratischen Vertreter hat die Regierung bisher keine Angaben darüber zu machen vermocht...

Die Sozialdemokratische Partei hat durch Hermann Müller ankündigen lassen, daß sie sich einen Antrag auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses vorbehalten...

Heute Kampftag in Preußen.

Entscheidung oder Verschleppung?

Heute tritt der Preussische Landtag wieder zusammen, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die Rechtsparteien wollen die Wahl vertagen, um ihre Zermürbungs- und Erpressertaktik fortzusetzen...

Verzögerung ist Verschleppung. Verschleppung ist aber angesichts der unverhohlenen Drohungen der Rechten mit einer Staatskrise unvereinbar mit staatlichem Verantwortungsgesühl...

Eine interfraktionelle Besprechung der drei Koalitionsparteien hat gestern nicht mehr stattgefunden. Die Zentrumsfraktion hat offizielle Beschlüsse auf heute vertagt...

Rechtsregierung und Rheinland.

Eine Warnung an die Staatskrisenmacher.

Bln, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des Bezirksverbandes der SPD, Bezirk Obere Rheinprovinz, hat folgende Rundgebung an den Reichspräsidenten...

Reichskanzler und an die Präsidenten des Reichstages, des Preussischen Landtages und des Preussischen Staatsrates gerichtet:

Die politische Entwicklung im Reich erfüllt die Massen der werktätigen Bevölkerung in besorgtem Gemüte mit großer Sorge. Man empfindet den Übergang der Regierungsgewalt an monarchistische Parteien als eine Bedrohung der Republik...

Die gegenrevolutionären Vorgänge in Preußen steigern die Besorgnis der Parteimitglieder und Zeitungen. Die preussische Regierungskrise in eine Staatskrise zu treiben...

Ludendorffs trübseliges Ende.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat sich Ludendorff nunmehr endgültig entschlossen, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen...

der den Außenminister Stresemann handelt. Die Kommunisten hatten einen gar nicht ernst gemeinten Misstrauensantrag eingebracht, von dem Herr Stöcker selbst zugeben mußte, daß nach der Geschäftsordnung keine Möglichkeit besteht, darüber abzustimmen. Daß die Sozialdemokratische Partei nicht nach kommunistischer Art Komödien aufzuführen beabsichtigt, sondern den Kampf um volle Aufhebung der Ruhrkorruption mit der größten Entschiedenheit weiterzuführen wird, das werden nunmehr die Verhandlungen im Plenum des Reichstags erweisen.

Auch eine Berichtigung.

Wir fragten im Leitartikel unserer Abendausgabe von gestern das Reichsfinanzministerium:

„Soll man es für völlig einwandfrei, daß einer jener wenigen Herren, die diese Entschuldigungsfragen im Reichsfinanzministerium zu bearbeiten haben, vor wenigen Tagen, also wahrscheinlich nach dem Abschluß des Vertrages, in die Dienste des Reichsverbandes der Industrie getreten ist?“

Das Reichsfinanzministerium antwortet darauf:

„Zu dem Leitartikel im „Vorwärts“, Nr. 49, vom 29. Januar 1925 wird bemerkt, daß der jetzt zum Reichsverband der Deutschen Industrie übertretende Beamte des Reichsfinanzministeriums weder an den maßgebenden Verhandlungen noch an der Entscheidung über die Entschädigung für die Altschuldenslieferungen mitgewirkt hat.“

Die von uns beleuchteten Tatsachen werden nicht bestritten. Diese Angelegenheit wird in dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über den Skandal der Ruhrschädigung beantragt, aufgeklärt werden.

Die Arbeiter die Leidtragenden.

Der von der Sozialdemokratie aufgedeckte Finanzskandal verurteilt das Organ Stögerwalds, „Der Deutsche“, deutlich von diesem Finanzgebahren des Bürgerblocks abzurücken. Das Blatt schreibt:

„Die an die Industriellen zur Auszahlung gekommenen Entschädigungen veranlassen aber auch auf die Lasten hinzuweisen, daß innerhalb der Ruhrindustrie die Löhne und auch die Knappschaffsleistungen dauernd mit der Behauptung aus eigener Tasche zu decken. Die Massen der Ruhrarbeiter sind also in erster Linie die Leidtragenden gewesen, während die Industrie durch den Empfang der staatlichen Entschädigungsgelder sich schadlos gehalten hat. Man wird diese Lasten bei künftigen Lohnverhandlungen beachten müssen.“

Wir fügen hinzu: auch bei den sozialpolitischen Beratungen im Reichstag, bei denen die Scharfmacher der Reaktion gerade aus den Reihen der Ruhrindustrie kommen.

Der Prozeß Auer-Winter.

Gerüchte und Ansichten nährlich gewordener Leute.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Auer-Prozess erschien am Mittwochabend Geheimrat Döberl, Professor der bayerischen Geschichte an der Universität München, am Zeugentisch. Döberl ist bekannt als grundsätzlicher Anhänger des alten Regimes. Als Zeuge erklärt Döberl, daß er auf Grund seiner streng wissenschaftlich angestellten Untersuchungen auch heute noch fest davon überzeugt ist, daß die Zeitung der mehrheitssozialdemokratischen Partei in München, vor allem ihr Führer Auer, mit der Revolution nichts zu tun hatte und sie nicht wollte. Rechtsanwalt Graf Festasio richtete dann an den Zeugen die Frage, ob Auer Gegner des revolutionären Umsturzes gewesen sei im Interesse der Erhaltung der Monarchie. Zeuge: Ich glaube nicht im Interesse der Monarchie, sondern der Arbeiterschaft und, wie ich glaube, auch im Interesse des Vaterlandes.

Am Donnerstag äußerte sich der erste Vorsitzende der freien Gewerkschaften Schiefer über die Unterredung Auers mit dem Minister des Innern in der Nacht zum 8. November, der er als Zeuge beigewohnt hat. Aus den Worten des Ministers war zu entnehmen, daß der Minister von sich aus eine Ab-

wehr der Revolution nicht mehr für möglich hielt. Zeuge Dr. Zahnbrecher, früher maßgebendes Mitglied der Bayerischen Volkspartei, schilderte die schauerhafte Kopslosigkeit, die beim Ausbruch der Revolution in München geherrscht habe. Der Ministerpräsident Dandl und der damalige Kriegsminister v. Helldingraht hätten ihm einen jammervollen Eindruck gemacht.

Zeuge Dürr, Stadtkommandant von München, wird von dem beklagten Winter gefragt, ob nach der Ermordung Eisners in linksgerichteten Kreisen nicht die Ansicht verbreitet war, daß Auer an dem Mord beteiligt oder indirekt der Urheber des Mordes war. Zeuge Dürr: Von linksgerichteten Kreisen kann man nicht reden, das waren nährlich gewordene Leute, die glaubten, die Revolution so gestalten zu können, daß jeder ein schönes Leben führen kann. Aus dieser Situation heraus entstand die Stimmung gegen Auer und das Attentat. Auch der Attentäter Lindner war nährlich geworden. Zeuge Redakteur Stenzle vom „Miesbacher Anzeiger“ soll Ausage machen über die angeblichen Machenschaften Auers mit monarchistischen Hintermännern. Er erklärt kurz: Ich weiß gar nichts. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Auer ihm jemals Material beschafft habe, antwortet der Zeuge: „Mir niemals. Ich habe nie eine Verbindung mit Auer gehabt.“

Zum Fall Fehrenbach.

Der zehnjährige Ehrverlust nicht aufgehoben.

Am 20. Dezember 1924 wurde Felix Fehrenbach von der bayerischen Staatsregierung „begnadigt“. Erst am 21. Januar 1925 sandte ihm die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I folgende Mitteilung:

„Laut Entschließung des Staatsministeriums der Justiz vom 19. Dezember 1924 Nr. 2864/22 B wurde die durch das Urteil des Volksgerichts München I vom 20. Oktober 1922 gegen Sie ausgesprochene Gesamtstrafe von 11 Jahren auf drei Jahre sechs Monate gemindert.“

Die Strafvollstreckung gegen Sie ist sofort zu unterbrechen. Es wurde Ihnen für den dann noch bestehenden Strafrest eine Bewährungsfrist bis zum 1. Oktober 1928 bewilligt. gez.: R. G. Baur.“

Hiernach ist also Fehrenbachs unehrenhafte Strafe von 11 Jahren auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus gemindert. Davon hat er bereits 2 Jahre 4 Monate verbüßt, so daß ihm für 14 Monate, und zwar bis zum 1. Oktober 1928, Bewährungsfrist bewilligt wurde. Fehrenbach war aber auch zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt und es ist bisher unklar gewesen, ob diese „Rebenstrafe“ aufgehoben ist oder nicht. Nachdem jetzt die schriftliche Ausfertigung der Begnadigung vorliegt und darin der 10jährige Ehrverlust mit seinem Wort erwähnt ist, muß angenommen werden, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 10 Jahre noch weiterhin auf Fehrenbach lastet. Diese Tatsache ist eine Ungeheuerlichkeit, zumal nach der übereinstimmenden Auffassung angesehenster deutscher Rechtslehrer Fehrenbach wegen eines Verbrechens verurteilt wurde, das er gar nicht begangen hat und das, wenn er es begangen hätte, am Tage der Aburteilung längst verjährt gewesen wäre. Es ist für das Empfinden aller rechtlich Denkenden unerträglich, daß man mit dieser Art „Begnadigung“ den Fall Fehrenbach erledigt wissen will, wie die bayerische reaktionäre Presse meint. Es geht nicht an, daß man einen bisher unbescholtenen Menschen, der aus rein politischen Motiven gehandelt hat, noch weitere vier Jahre mit dem Bleigewicht der Bewährungsfrist belastet und ihn noch 10 Jahre wie einen gemeinen Verbrecher der bürgerlichen Ehrenrechte entsetzt, nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß er das Verbrechen, weshalb er verurteilt wurde, gar nicht begangen hat. Dabei ist noch zu beachten, daß die Bewilligung der Bewährungsfrist „in stets widerruflicher Weise unter dem Vorbehalt guter Führung“ erfolgt ist. Was man aber in Bayern unter „guter Führung“ versteht, weiß kein Mensch. Fehrenbach ist ständig der Gefahr ausgesetzt, falls er in Ausübung seines journalistischen Berufs einen der bayerischen Regierung unangenehme Artikel schreibt, zur Verhöhung des Restes seiner Zuchthausstrafe vom Münchener Staatsanwalt wieder eingezogen zu werden. Diese Möglichkeit muß der bayerischen Staatsanwaltschaft genommen werden.

nachdem die bayerische Regierung durch die Begnadigung den schwereren Fehlspruch des Münchener Volksgerichts in der Dessenlichkeit zugelassen müßte.

Zwar hat das bayerische Justizministerium die Kühnheit aufgebracht, in einer offiziellen Zeitungsnote zu behaupten, die Schuld Fehrenbachs stehe nach dem Gutachten des bayerischen Obersten Landesgerichts einwandfrei fest. Das ist aber einfach nicht wahr! Das Oberste Landesgericht hat in seinem Gutachten sich ausschließlich auf die Revisionsgründe beschränkt und die tatsächlichen Feststellungen des Gerichts ausdrücklich als bindend behandelt. Der präsidierende Senat hat also das Urteil nur rein formal-juristisch nachgeprüft, die Nachprüfung der sogenannten tatsächlichen Feststellungen aber unterlassen, sie vielmehr als zureichend unterstellt, obwohl (oder weil?) sich gerade diese tatsächlichen Feststellungen auf die sich das Urteil aufbaut, als mit der Wahrheit nicht vereinbar erwiesen haben! Das Gutachten kommt im Übrigen — und zwar nur sehr bedingt — zu dem Ergebnis, daß rechtliche Bedenken gegen das Urteil nicht vorzuliegen scheinen, wobei alle sachlichen und tatsächlichen Bedenken außer acht gelassen werden. Aber selbst diese Schlussfolgerung ist nur infolge eines schweren Fehlers möglich, der, wenn er einem gewöhnlichen Sterblichen in einer so wichtigen Entscheidung unterlaufen wäre, als leichtfertig gebrandmarkt würde. Von einer Feststellung der Schuld Fehrenbachs ist aber im Gutachten des Obersten Landesgerichts nichts zu lesen! Es blieb dem bayerischen Justizministerium überlassen diese angeblich „einwandfrei feststehende Schuld“ aus dem Gutachten herauszufeststellen, um damit zu bemängeln, daß man in Wirklichkeit mit Fehrenbachs Begnadigung einen ungeheuerlichen Fehlspruch des Münchener Volksgerichts zugelassen müßte.

All das, was wir hier ausgeführt haben, ist natürlich auch der bayerischen Regierung bekannt. Will sie nun trotzdem Fehrenbach weiterhin mit dem zehnjährigen Ehrverlust belastet wissen und das Damoklesschwert der vierjährigen, jederzeit widerruflichen Bewährungsfrist über ihm hängen lassen?

Gegen Rechtsblock und Kommunisten.

Massenversammlung in Lübeck.

Lübeck, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Gewerkschaftshaus fand heute abend eine überfüllte, von dreitausend Personen besuchte Versammlung mit dem Thema: „Rechtsblock — Arbeiterverrat der KPD.“ statt. Reichstagsabgeordneter Leber rechnete mit dem arbeitereindlichen Verhalten der Kommunisten ab. Drei kommunistische Diskussionsredner, von denen einer fast ein- und eineinhalb Stunden sprach, veruchten vergebens die Aufmerksamkeit der Versammlung von dem verräterischen Verhalten der Kommunisten im Preussischen Landtage abzugelenken. Der Referent fertigte ihre Rede ab, die Versammlung nahm gegen wenige kommunistische Stimmen, die in der Masse ganz verschwanden, eine Resolution an, die dem Rechtsblock den schärfsten Kampf ansah und das arbeitereindliche Verhalten der Kommunisten auf das schärfste verurteilt.

Den Nobel-Friedenspreis Ram'ay Macdonald zu verleihen schlägt die finnische Friedensvereinsung vor. Werese Macdonald ist jetzt auf der Rückreise von Jamaica nach England.

Neuwahlen in Luxemburg. Wegen der Unmöglichkeit, bei den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues Parlament zu bilden, ist in Luxemburg die Kammer aufgelöst worden. Neuwahlen sind angesetzt. Der Wahltag zur Kammer gab die Ablehnung des Eisenbahnaabkommens mit Belgien.

Minderheitenrecht in Südsibirien. Wie die „Freie Presse“ (nichtkommunistisch) mitteilt, hat der Innenminister Pogorelow erklärt, daß er sich mit der Aufforderung der deutschen Regierung, die Verfolgung der deutschen Minderheiten einzustellen, erst nach der Wahl beschäftigen kann!

*) Siehe: „Der Fall Fehrenbach. Juristische Gutachten.“ Bd. 3. C. B. Mohr, Tübingen 1924.

„Und es soll am deutschen Wesen...“

Von Dr. Kurt Schumann.

Wir waren früh von Camden Town im Londoner Norden abgefahren. Der Abschied von meiner Wirtin, deren Sohn durch eine eutsche Kugel die Sprache verloren hatte, war ebenso herzlich gewesen wie damals, als ich am 2. August 1914, von den Tränen er ganzem Familie begleitet, nach Deutschland fuhr. Wir saßen auf dem Verdeck eines Omnibusses und blickten noch einmal aus lustiger Höhe auf das lebhafteste Treiben der Weltstadt, während die Koffer neben dem Schaffner standen. Durch das Schamierband meines Koffers hatte ich ein paar schöne Rollen gesteckt, eine letzte sichtbare Erinnerung an drei Sonntage am Strande der Insel Wight. Kurz vor Victoria-Station erschien plötzlich der Schaffner mit besorgtem Gesicht auf dem Oberdeck und fragte mich: „Hatten Sie nicht ein paar Blumen an Ihrem Koffer? Ich bedaure sehr, sie sind verschwunden.“ Ich bedauerte auch, und er stieg nochmals hinunter, untersuchte alles und kam wieder heraus, um mir zu versichern, wie er es ihm tue. Das war meine letzte Erfahrung mit englischen Beamten.

Zwei Stunden später sahen wir auf dem Allinger Boot, und zwei Stunden später fuhren wir im holländischen Zuge in die eutsche Grenzstation Bentheim ein. Ich dachte mit Behmut der süßlichen englischen Jölnner in Southampton, als hier ein halbes Dutzend schon militärisch uniformierter Beamter der Gruppen 6 bis 9 mit unheimlicher Sorgfalt das bescheidene Kleingepäck der Reisenden untersuchte und langwierige Beratungen darüber abhielt, ob etwa eine Flasche angebrochen sei oder nicht, während die Reiseführer ihnen bedeutend weniger verdächtig erschienen. Nachdem man nun die Bahnsteigsperrre passiert hatte, blieb einem als einziger Luftentlast die unbehagliche, mit kaltem Rauch und allerlei Speiserückständen erfüllte Bahnstopteipe. Nach längerem Warten durften wir endlich auf den Bahnsteig hinaustrreten, um ein paar Minuten später wieder in das Lokal zurückgezogen zu werden. Die Tür nach dem Bahnsteig wurde verschlossen, und zur größeren Sicherheit kontrollierte noch ein Postist draußen auf und ab. Die verdächtigsten Ausländer, die die ganze Prozession mitmachten, starrten hilflos und hilflos auf die Einheimischen, die ihnen auch nichts anderes sagen können als: „Ja, so sieht nun einmal die Oberfläche des Landes der Dichter und Denker aus. Man muß sich erst durch eine dicke, harte Potsdamer Schale hindurchkriechen, ehe man an den Weimarer Kern kommt.“

Diese Erfahrung bildet aber durchaus keine Ausnahmeerscheinung. Man verlangt ja noch gar nicht, daß in der deutschen Republik die Beamten und Beauftragten sich so sehr als Diener und Freunde des Volkes fühlen wie beispielsweise in der englischen Monarchie. Es wird noch lange dauern, bis bei uns die Schulleute die Säuglinge der Wählerinnen vor dem Wahllokal halten, bis unsere Bekleidungsvereine Preise auslegen für die Beamten der Sta-

tionen, die sich um höchststen gegen die Fahrgäste benehmen, bis unsere Polizeipräsidenten nicht mehr die Mütter mit Haft und Geldstrafen bedrohen, die mit ihren Kindern wegen auf einem Promenadenwege stehen bleiben oder zu zweit nebeneinanderfahren, bis unsere Bahnhofsbeamten einem fremden Reisenden, der verkehrt gefahren ist, alles nicht in seinem Geldbeutel entgelten lassen, bis unter unseren Beibotschaften „Dante schön“ steht usw. Aber wir könnten wenigstens schon jetzt erwarten, daß der Reisende an unseren Grenzstationen nicht gleich den Eindruck erhält, daß jene Zeitungen vielleicht doch nicht ganz unredlich gehandelt hätten, die uns während des Krieges als Hunnen und Barbaren beschimpft haben. Wenn auch ein längerer Aufenthalt in Deutschland diese Befürchtung zerstreuen wird, so darf doch die vielfach ausschlaggebende Bedeutung gerade des ersten Eindruckes nicht unterschätzt werden. Das deutsche Volk kann es sich wirklich nicht leisten, sich auch weiterhin in der ganzen Welt verhaßt zu machen, weil die deutsche Republik es nicht versteht, die Benheimen an seinen Grenzen und auch anderwärts in republikanischem Geiste umzugestalten.

Ein antirepublikanisches Theaterstück. Der Bühnenvolksbund hat Mittwoch in Potsdam die von Leo Walther-Stein gezeichnete „Hintertür“ aufgeführt, hinter der er in drei Akten ein Pamphlet gegen die Republik zeigte. Es soll den neueren Zeitströmungen abgelauscht sein, ohne in gebührender Schärfe auszuarten — behauptet der zur Aufführung erteilte Beifall. Aber es stimmt nicht. Mit den abgebräuntesten Mitteln des trivialsten Lustspiels arbeitet Stein um zu seinem den Monarchisten durchaus wohlgefälligen Ziel zu kommen. In giftigen Brocken sind allerhand Vorschläge hineingestreut, die von der fortwährenden Verzerrung bis zur Beschimpfung reichen. Ein Duodezfüßler wird unter Bewehrungen übergegangener Truppen vom Thronboden gelost. Der Fürst wird dann erst Fortgeschickte und nachher, als wieder seine Freunde ans Ruder gekommen sind Generaldirektor der Orientbahn. Aus dem Fürstehaus nimmt er seine Korrespondenz die Fürsternichte mit, und das Glück der beiden erreicht seinen Höhepunkt, als der Generaldirektor drei Minister der Republik, die ihm die Präsidentschaft anbieten, mit Grandbezogen einen Korb erteilen kann. Zwischen der spärlichen Handlung wimmelt es von Anzüglichkeiten, die die republikanische Staatsform benehmen. Daß Minister als Schieber und Beschäftigter bezeichnet werden, versteht sich am Rande. Nur der Fürst bleibt, was er gewesen. Stein hat richtig erkannt, daß seine Misspriehe in Potsdam gefüllt werden muß, um sich dann von hier aus weiter zu entfalten — unter dem Befehle der Antirepublikaner. Schade um die Mühe, die einzelne Darsteller aufwenden mußten, um dem dürftigen Produkt Inhalt zu geben.

Dieser antirepublikanische Frech wurde in einem Hause der Republik großgezogen, das für dieser Kunst sogar unentgeltlich zur Verfügung steht. Intendant Pechmann hat die Hintertür geöffnet. Vielleicht findet sich jemand, der ihm die Vordertür aufmacht.

Die Aufführung von Ernst Tolkers Komödie „Der ineffektive Botan“ fand, wie uns aus Prag ein eigener Drahtbericht meldet, Donnerstag in den Kammertheatern des Prager Deutschen Landes-Theaters statt. Das vom Dramaturgen vorzüglich

geleitete Ensemble brachte die übermühten, behende Satire auf das Teufelentum der Inflationszeit in heftigem Tempo glänzend heraus. Das Haus spendete begeistert Beifall und rief den Dichter wiederholt heraus. Die Deutschnationalen hatten gegen Toller und seine Komödie eine wüste Hege entfesselt, die durch den unbeschränkten großen Erfolg auf das glanzvolle pariert wird.

Die Gartenstimmung. Stärker Gegenfah zum einheimig düster geschlossenen Kiefernforst. Bäume und Sträucher jeder Art, jede mit eigener Pflanzname. Raue Buchenstämme, deren glatte Rinde wie wahrscheinlich schon in vorgeschichtlichen Zeiten, als lockende Unterlage für Irtlich und auch anders veranlagte „Baumfreier“ dient. Eichen und Pappeln mit eigenwilliger Verzierung, mit knorrigen Auswüchsen, mit rauher Borke, nicht durch menschliche, sondern durch die Rinden der Natur tausendfältig genarbt und verfallert. Mit einer grünen, gelben und grauen Keimwelt von Proletariatspflanzen aus dem Reiche der Wägen und Flechten besetzt. Pflanzen durch vom Wachstum des Stammes absprenge Rindenstücke leuchtend hellgelb gefleckt. Schlanke Erben mit aufrechten, schlanken Birken mit hängendem Füllgrangeweig, beide wie die Hahnenfüße mit Köpfen überfüt. Kahle Sträucher, mit glühenden Regenperlen an den Knospen, mit roten Borren, mit milchigen Fruchtgehäusen. Dunkle Stechpalmen, Eiben, Nadeln.

Auf den Gewässern eine schidunkte Schicht, nicht mehr ganz Eis, noch nicht ganz Wasser. In der Wasserseite sind die Reste der Uferbäume infolge der dauernden Einwirkung der kühleren Luft übergehends viel stärker entwidel. Die größere Last mocht sich geltend: die Bäume hängen zum Wasserpiegel über. Zulammengelegte Blättermassen, meist aus schwer verwirrtendem braunen Eichenlaub gebildet, geben den Boden frei. Verwiltete Grasnarbe, an vielen Stellen schon gegen kühleres Grün abgeteilt.

Die Knospen lassen sich nicht loden; sie bleiben geschlossen. Nur die hollundersträucher können, wie alljährlich, die Zeit nicht abwarten. Sie haben hier und da frühlingsstahnen in Form zollanger grüner Blätter herausgespitzt. Wie Erwartung liegt es über dem Ganzen, über dem kalten Gezweig, über den Knospen über dem Wasser, über dem kühnen triebereiten Erdboden. Aber auch wie Zurückhaltung. Denn erst soll Frau Holle ihre Arbeit tun, bevor aus dem kalten Vorfrühling ein echter wird.

Ob die Sonne scheint oder die Säunne im Rebellentum verschwinden, der Park hat noch immer Stellen, wo man zum Träumen wird. Bis das Rasen der elektrischen Straßenbahn zum Boden wird.

Ein Planetarium für Dresden. Auch in Dresden soll ein Planetarium (die Darstellung des holländischen Himmelsgewölbes) errichtet werden. Dies wiederum deutscher Ursprung wird in den Zeitungsverhalten in Vna hergestellt werden, die auch das Planetarium für München gebaut haben.

Zum ersten Oberlehrer der holländischen Vorklasse ist ein deutscher Gelehrter ernannt worden und zwar der Vorklassiker der Universität München, Kurt Vog, dem aus Anlass seines 80. Geburtstages die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Romas die höchste akademische Auszeichnung verliehen hat.

Schlafmüden in Konstantinopel. Drei frühere kaiserliche Paläste in Konstantinopel sollen als Nationaldenkmäler erhalten werden und zwar das alte Seraglio, der Dolma-Bagtsch-Palast am Bosporus und der kleine Palast von Beier-Bej, ein Kleinod türkischer Architektur. Die Umwandlung der Paläste soll unverändert bleiben, als Museum zu bestimmten Zeiten für das Publikum geöffnet sein. Die prächtigen Gärten des Dolma-Bagtsch sollen als öffentlicher Park eingerichtet werden.

Auf der Suche nach „Korruption“

Deutschnational-kommunistisches Zusammenspiel im Untersuchungsausschuss.

Wenn jemals ein Zweifel darüber bestanden haben mag, daß die Barmat-Affäre fast ausschließlich als ein Vorwand zu einer wüsten, schmutzigen politischen Hege gegen die Sozialdemokratie angesehen wird, dann hat es der Verlauf der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses im Preussischen Landtag zur Genüge bewiesen.

Fünf Stunden lang haben die vereinigten Deutschnationalen, Volksparteiler und Kommunisten mit einem Fanatismus sondergleichen Dinge dreht und gewendet, die nicht das geringste mit dem eigentlichen Beweismaterial des Untersuchungsausschusses zu tun haben. Aber es kam den Herrschenden lediglich darauf an, möglichst viel Staub aufzuwirbeln und dabei möglichst viele Namen von Sozialdemokraten in die Debatte zu zerren. Zunächst richtete sich der Vorstoß der edlen Koalitionsbrüder gegen den Reichspräsidenten. Der brauch stüßlich zusammen an der Bestimmtheit der Aussage des Staatssekretärs Dr. Reihner. Dann versuchte man Seering in die Affäre hineinzuziehen, weil aus seinem Ministerium vor vier Jahren eine Grenzempfehlung für die Durchreise der aus Bessarabien geflüchteten Eltern Barmats nach Holland herausgegangen war. Eine für jeden nicht vom Parteihaf Verblendeten offenkundig belanglose und im übrigen bis auf einen unabweislichen telephonischen Hörsfehler absolut formale Angelegenheit. Aber stundenlang ritten die Vertreter der Oppositionsparteien, zu denen sich allerdings auch der demokratische Abgeordnete Ruschke auf Grund einer alten persönlichen Freundschaft hinzugesellte, auf dieser Belanglosigkeit herum.

Dann ging es gegen Bauer und Gradnauer her. Die tollsten Fragen wurden namentlich dem ersteren gestellt, jeder Keusch und Traisch wurde aufgeschrielt und als Tatsache hingestellt, oft vertrieben die Fragen eine absolute Unkenntnis der einschlägigen Tatsachen. Besonders der Wirtschaftsparteier Ledeborff hieb mit seinen verdächtigenden Fragen regelmäßig daneben.

Schließlich drohte sogar bei der Vernehmung des Polizeipräsidenten Richter die Sitzung in eine Farce auszuarten, so grotesk waren die von dem kommunistischen Vertreter Stolt gestellten zahlreichen Fragen.

Mit dem eigentlichen Zweck des Untersuchungsausschusses, nämlich der Feststellung der Kreditgeschäfte Barmats mit der Seehandlung hatten 90 Proz. aller Fragen des gestrigen Tages nichts zu tun. Und wenn es darauf ankommen sollte, irgendwelche Beweise von Korruption gegen die einzelnen oernommenen sozialdemokratischen Persönlichkeiten zu erbringen, so wird jeder Unvoreingenommene zu der Auffassung gekommen sein müssen, daß solche Beweise bisher nicht erbracht worden sind und — höchstwahrscheinlich — auch nicht erbracht werden können.

Zur gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Kreditgewährung der Preussischen Seehandlung, die erst nach 5 Uhr nachmittags begann, waren u. a. als Zeugen erschienen Minister Seering, Reichskanzler a. D. Bauer, sächsischer Bevollmächtigter Dr. Gradnauer, Staatssekretär Reihner vom Bureau des Reichspräsidenten, Staatssekretär v. Rathhahn vom Auswärtigen Amt und Polizeipräsident Richter.

Vors. Dr. Ledbig bringt zunächst die der Familie Barmat im Jahre 1920 auf Empfehlung des Reichskanzlers a. D. Bauer gegebene Durchreiseerlaubnis des preussischen Innenministeriums zur Sprache.

Staatssekretär v. Rathhahn

Außer Herzog: Mir ist von einer Durchreise einer Familie Barmat durch Deutschland im Jahre 1920 nichts bekannt. Ich war damals noch nicht Staatssekretär, sondern Legationssekretär im Haag. Aus dieser Tätigkeit ist mir bekannt, daß Ende 1918 oder im Januar 1919 bei mir auf der Botschaft im Haag der mir von früher aus seiner Privatbesitzung 1917 bekannte Herr Barmat erschien und sich über das Generalkonsulat in Amsterdam beschwerte. Er sagte, er hätte sehr wichtige wirtschaftliche Aufträge, für die er ein Dauervisum zwischen Holland und Deutschland haben müsse. Ich bedauerte, ihm das nicht geben zu können, weil er noch nicht zu den genügend bekannten Firmen gehörte, die ein solches Dauervisum erhielten. Wenn das Auswärtige Amt in Berlin die Verantwortung dafür übernehme, könnte ich es tun, sonst unter keinen Umständen. Dann kam vom Auswärtigen Amt die Aufforderung, Barmat ein Dauervisum auf ein Vierteljahr von Holland nach Deutschland zu geben. Weiter ist mir von der Angelegenheit nichts bekannt. Was die Durchreise Barmats anbetrifft, so wird der damalige Staatssekretär von Handel oder der damalige Chef des Schachamtes darüber Auskunft geben können.

Auf Verfragen sagt Staatssekretär v. Rathhahn weiter aus, der damalige Generalkonsul a. H. umboldt in Amsterdam habe an das Auswärtige Amt berichtet, die holländischen Behörden hätten keinen übermäßigen günstigen Eindruck von Barmat. Der Bericht müsse sich über den Akt des Auswärtigen Amtes befinden. In „der Welt“ sei ein gegen die deutsche Gesandtschaft gerichteter Artikel erschienen, als dessen Autor man Barmat ansah. Die Frage, ob Reichspräsident Ebert sich persönlich für Barmat eingesetzt habe, verneinte der Staatssekretär.

Staatssekretär Reihner

vom Bureau des Reichspräsidenten erklärt einleitend, er sei vom Reichspräsidenten in vollem Umfange von der Amisociation liegenheit entbunden und ermächtigt worden, den Inhalt der auf Barmat bezüglichen Akten ersichtend mitzuteilen. Er sagt dann aus: Ich weiß aus Mitteilungen des Herrn Reichspräsidenten und aus den Akten folgendes: Anfang Mai 1919 war in Amsterdam ein Internationaler Sozialistenkongress. Da waren führende Herren der deutschen Sozialdemokratie mit Barmat persönlich bekannt geworden. Im Anschluß daran kam mit einem vom Generalkonsulat Amsterdam erteilten kurzen Visum Barmat nach Berlin. Er wurde bei dieser Gelegenheit dem Reichspräsidenten vorgestellt und von ihm ein- oder zweimal empfangen. In den Akten ist eine Abschrift eines Telegramms von Barmat, gerichtet an Herrn Wels vom sozialdemokratischen Parteivorstand:

„Amsterdam den 15. Mai 1919. Verständigt Reichspräsidenten, daß wegen meines Dauervisums heiliges Konsulat noch nicht instruiert. Denke nächste Woche wieder nach Berlin zu eilen. Gruß für Sie und Müller.“ Barmat.

Dieses Telegramm, das dem Herrn Reichspräsidenten vermutlich von Herrn Wels persönlich übergeben worden ist, wurde durch die Geschäftsstelle des Bureaus geleitet. Es zeigt eine Ziel-Hilflosigkeit des Reichspräsidenten:

„Das Auswärtige Amt hat neulich mitgeteilt, daß Barmat Visum auf längere Zeit erhalten solle. Wünsche, daß Gesandter im Haag noch einmal ersucht wird.“

Dieses Telegramm ging dann an den Referenten mit dem Auftrag, im Auswärtigen Amt festzustellen, was dort über Barmat bekannt ist. Es wurde an zwei Stellen Rückfrage gehalten, beim Wirtschaftreferat und bei der Botschaft.

Der Referent erfährt dabei, daß damals im Mai 1919 nichts Nachkühiges gegen Barmat vorlag, daß aber über Barmat schon aus früherer Zeit Vorgänge im Auswärtigen Amt vorlagen.

Diese Vorgänge betrafen eine Unterredung, die Unterstaatssekretär Töpfer Anfang 1919 mit Barmat gehabt hatte.

Barmat habe den Vorschlag gemacht, eine deutsche Zeitung in Holland zu gründen und er habe weiter allgemeine wirtschaftliche Fragen bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln erörtert. Unter dem 25. März 1919 schreibt Töpfer, daß an dem Herrn kommen und einem längeren Aufenthalt Barmats diesseits Interesse bestehe. Er bittet, die Botschaft in Amsterdam zu ersuchen, das Einreisevisum für längere Zeit zu erteilen. Das erwähnte Telegramm Barmats ging dann ans Auswärtige Amt und wurde am 22. Mai dort erledigt. Das Auswärtige Amt telegraphierte an das Generalkonsulat Amsterdam, Barmat möge das Dauervisum ausgestellt werden.

Am 1. August 1919 wurde durch die Postbehörde dem Bureau des Reichspräsidenten mitgeteilt, daß vom Fernsprecher des Bureaus nichtamtliche Gespräche als Dienstgespräche nach dem Ausland geführt worden seien. Der Reichspräsident forderte den Leiter des betreffenden Bureaus, den auf Privatdienstvertrag beschäftigten Landtagsabgeordneten Franz Krüger, zum Bericht auf, und dieser gab zu, daß er tatsächlich vor einiger Zeit Herrn Barmat ein Gespräch am amtlichen Fernsprecher nach Amsterdam gestattet habe, weil es sich um einen wichtigen Einkauf von Lebensmitteln handelte. Das sei noch einmal geschehen, die Gespräche seien selbstverständlich bezahlt worden.

Der Reichspräsident hat darauf in einer Verfügung unter dem 8. August strenge Anweisung gegeben, daß künftig nur amtliche Gespräche vom Bureau auszuführen seien.

In der Verfügung heißt es: „Ich bedauere sehr, daß Barmat seine Privatgespräche in meinem Amte als Staatsgespräche führen konnte.“ Der Reichspräsident hat diesen Vorgang zum Anlaß genommen, auch persönlich Herrn Krüger seine Mißbilligung auszusprechen.

Im Januar 1920 übermittelte der Finanzminister dem Bureau des Reichspräsidenten eine Grenzempfehlung, die das Zollamt in Benheim einem Reisenden abgeben konnte. Es knüpfte daran das Ersuchen, künftig keine Grenzempfehlungen mehr auszustellen. Darüber war man sehr erstaunt, weil solche Empfehlungen niemals im Bureau des Reichspräsidenten ausgestellt worden waren. Die Empfehlung betraf einen Herrn Ja, einen Verwandten oder Angestellten von Barmat. Sie lautete:

Herr Ja reist im amtlichen Auftrage zwischen Deutschland, Holland, Oesterreich und der Tschechoslowakei. Ich ersuche, ihm seitens deutscher Behörden und Botsstellen erforderlichenfalls Unterstützung, Schutz und Hilfe zu leisten, ihm beim Grenzübergang jede mögliche Erleichterung zu gewähren und sein Gepäck unbeschränkt zu lassen. Sez. Krüger.“

Der Reichspräsident sprach dem Finanzminister seinen Dank aus für die Überbringung dieses Empfehlungsscheins, das ohne sein Wissen und gegen seinen Willen ausgestellt worden sei. Durch die inzwischen erfolgte Zusammenlegung der Bureaus sei eine Wiederholung solcher Vorgänge verhindert worden.

Am diese Zeit, am 13. August 1919, war die Tätigkeit des Herrn Krüger beendet.

Die Nachforschungen, die wir in letzter Zeit aus Grund der Angriffe in der Presse beim Generalkonsulat in Amsterdam anstellen, haben ergeben, daß in mehreren Fällen Herr Krüger ohne jeden Auftrag und entgegen dem klar ersichtlichen Willen des Reichspräsidenten für Barmat Empfehlungen ausgestellt oder für ihn Anträge auf Ausstellung von Visen erteilt hatte. So lautet ein Telegramm an das Generalkonsulat Amsterdam vom 20. Juli 1919:

„Bitte für David Barmat Dauervisum. Krüger.“

Dieses Telegramm ist wohl als privates gedacht. Ein späteres Telegramm aber lautet: „Bureau des Reichspräsidenten“ und bezieht sich auf ihn. Es ist vom 14. Juli 1919 an das Generalkonsulat Amsterdam gerichtet und lautet:

Herr Reichspräsident Ebert ersucht auf Antrag mit möglicher Beschleunigung Visen nach Deutschland zu erteilen für Frau Barmat, Profurist Bogelsang und weitere Personen. Reinerlei Bedenken.“

Schließlich hat er noch eine Empfehlung für einen Herrn Rahn ausgestellt, die den Stempel des Reichspräsidenten trägt, gleichzeitig den Vermerk: „Einverstanden. Preussisches Finanzministerium“ und dessen Stempel. Diese Akten liegen beim Generalkonsulat Amsterdam und wir haben beglaubigte Abschriften hier.

Daß diese Handlungen eigenmächtig und mißbräuchlich von Herrn Krüger begangen worden sind, ergibt sich aus Folgendem:

1. haben die amtlichen Akten des Bureaus keinerlei Duplikat dieser Vorgänge, wie es sonst Vorkäme, ist, sie sind weder im Journal noch in der Kartothek erwähnt.

2. Aber war nach der Referatsverteilung im Bureau Herr Krüger gar nicht berechtigt, solche Sachen zu bearbeiten, denn der Verkehr mit dem Auswärtigen Amt und mit den Behörden im Ausland lag in der Hand des Herrn Rabotzig.

3. Hatte der Herr Reichspräsident schon früher erklärt, daß die Sachen nicht nur ohne sein Wissen, sondern auch gegen seinen Willen hinausgegangen waren.

Abg. Brand (Dnat.): Nach den jetzigen Ausführungen des Staatssekretärs steht im Gegenlag zu den amtlichen Darstellungen fest, daß auch der Reichspräsident in Sachen Barmat eigenhändig auf ein Telegramm einen Vermerk gemacht hat, in dem er sich dafür einsetzt, daß Herrn Barmat ein Visum ausgestellt werde. Außerdem hören wir jetzt, daß nicht bloß eine, sondern mehrere Heberteilungen des Herrn Franz Krüger festgestellt worden sind. Sind diese Feststellungen vor oder nach dem 10. Januar gemacht worden?

Staatssekretär Reihner: Diese Feststellungen sind erst gestern und heute gemacht worden. Vorher war nur der eine Fall bekannt. Der Reichspräsident hat außerdem nicht bestritten, daß Barmat ein Visum ausgestellt wird, sondern nur an einen in Bearbeitung liegenden Fall erinnert.

Staatssekretär Reihner erklärt auf weitere Anfragen, daß Abgeordneter Krüger nicht als Leiter des Bureaus des Reichspräsidenten und nur auf Privatdienstvertrag angestellt war; ein Grund zur Annahme, daß bei seiner handlungswiese materielle Momente mitgeführt hätten, liegt nicht vor.

Der Telegrammvermerk des Reichspräsidenten in Sachen des Dauervisums habe auf das Auswärtige Amt keinen Einfluß gehabt, weil die Entscheidung durch Ausstellung eines direkten Dauervisums schon im Haag getroffen war.

Darauf wird die Vernehmung des ehemaligen Unterstaatssekretärs Töpfer vorgenommen, der im wesentlichen erklärt, daß er den Ausführungen des Staatssekretärs Reihner nichts hinzuzufügen habe, da die Vorgänge 6 Jahre zurückliegen und er seit 5 Jahren nicht mehr im Reichsdienst sei.

Weitere Anfragen von deutschnationaler und kommunistischer Seite ergaben nichts Wesentliches.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten legen Wert auf die Feststellung, daß die Darlegungen die absolut korrekte Handlungsweise des Reichspräsidenten ergeben haben.

Abg. Ruschke (Dem.) will Zeugen dafür benennen, daß Barmat auf Grund seiner Mitteilungen von der Gründung eines deutschen freundlichen Blattes auch namhafte Zuwendungen für Druckpapier gemacht worden sind, in einem Umfange, der nicht ganz von dem Blatt in Amsterdam beansprucht wurde.

Staatssekretär a. D. Töpfer behauptet, Abg. Hellmann habe Barmat im Frühjahr 1919 bei ihm eingeführt. Als Abg. Hellmann und Staatssekretär Reihner das bezweifeln, wird Töpfer in seiner Aussage zweifelhaft. Um die Frage zu klären, sollen die Akten herangezogen werden.

Die Durchreise der Familie Barmat.

Vors.: Der Ausschuss wendet sich nunmehr der Frage der Durchreise einer Familie Barmat im Jahre 1920 durch deutsches Gebiet zu. Die Durchreise erfolgte seinerzeit auf eine Empfehlung des Herrn Reichskanzlers a. D. Bauer. Die Angelegenheit wurde vom Auswärtigen Amt und Preussischen Innenministerium bearbeitet. Die Empfehlung lautete: Auf eine holländische Familie Barmat, die Mitglied einer holländischen Gesandtschaft im Osten sei und durch Deutschland nach Holland reisen wollte. Der Ausschuss hat festgestellt, daß der Inhalt dieser Grenzempfehlung den Tatsachen nicht ganz entspricht. Es handelt sich darum, festzustellen:

1. Mit wem die empfohlenen Barmats identisch sind,
2. wie es gekommen ist, daß die Familie als holländische und Angehörige einer holländischen Gesandtschaft bezeichnet werden konnte. Vom Vertreter des Innenministeriums ist dem Ausschuss mitgeteilt worden, daß auf eine Rückfrage Reichskanzler Bauer erklärt habe, daß er die Angabe, es handle sich um Mitglieder einer holländischen Gesandtschaft, nicht gemacht habe und auch nicht habe machen können. Es fragt sich daher, wie diese Angabe aus dem Privatbureau des Ministers Seering in den Geschäftsgang des preussischen Innenministeriums hineingekommen ist.

Minister des Innern Seering

teilt hierauf den Inhalt der Akten über die Durchreiseerlaubnis mit. Bei den Akten findet sich zunächst eine Notiz vom 23. November 1920. Der Minister wird von dem ehemaligen Reichskanzler gebeten, sich dafür zu interessieren, daß der Familie eines Herrn Barmat von der holländischen Gesandtschaft auf einer Durchreise von Rußland durch Deutschland nach Holland keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden. Die Familie besteht aus vier Erwachsenen und zwei Kindern. Herr Bauer hat sich bereits mit Ministerialdirektor v. Stockhammer im Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt. Dieser hat seine Zustimmung erteilt und gebeten, diese auch von Preußen zu veranlassen. Diese Notiz, die für den Ministerialrat Rathenau bestimmt ist, ist unterzeichnet von der Privatsekretärin Fräulein Rosenheim. Auf Grund dieser Notiz ist dann der schon in der letzten Sitzung erwähnte Erlaß herausgegeben worden. Am 26. Januar 1921 wurde dem Innenministerium vom Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Angabe, die Familie Barmat gehöre zur holländischen Gesandtschaft, unmöglich stimmen könne. Barmat sei nach Zeitungsnachrichten 1919 von der russischen Sowjet-Regierung der niederländischen Regierung als Gehandter im Haag vorge schlagen, von dieser aber abgelehnt worden. Minister Seering erklärt, er habe daraufhin im Auswärtigen Amt und auch durch Rückfrage mit Reichskanzler a. D. Bauer festzustellen versucht, wie die irrtümliche Angabe von der Zugehörigkeit zur holländischen Gesandtschaft entstehen konnte. Eine klare Feststellung sei aber nicht möglich gewesen. Die Mitteilung, auf die sich die erste Notiz im Ministerium stützt, sei ihm vermutlich telephonisch gemacht worden. Er habe sich mit den Dingen erst wieder beschäftigt, als in einer rechtsgerichteten Zeitung sein damaliger Erlaß, der sicherlich durch Akten diebstahl in die Hände der Zeitung gelangt war, veröffentlicht wurde.

Die Privatsekretärin des Ministers, Fräulein Rosenheim, bemerkt, sie habe die Notiz nach Anweisungen des Ministers gemacht, die sie nicht stenographiert, sondern nur in wenigen Stichworten festgehalten habe. Der Zettel mit diesen Stichworten sei nicht mehr vorhanden.

Reichskanzler a. D. Bauer

der hierauf vernommen wird, erklärt: Julius Barmat, den ich im Sommer 1920 kennengelernt habe, trat im Herbst 1920 mit einer Bitte an mich heran. Er trug mit einem Brief seines Vaters vor, der an der bessarabisch-rumänischen Grenze als Flüchtling mit seiner Familie, einer Frau und Kindern, lag. Dieser Brief enthielt jämmerliche Klagen der Leute. In der Ukraine wurde damals gekämpft zwischen Wrangel und den Bolschewiken. Die Leute waren ausgeplündert, sie hatten keine Kleidung und kein Geld und waren auf die Milderkeit anderer angewiesen. Barmat sagte: Können Sie mir nicht helfen, ich möchte meine Eltern gern nach Holland bringen. Ich sagte ihm meine Hilfe zu, und auf meine Frage meinte er, sie würden wohl auch keine Papiere mehr haben. Die Sache lag also sehr schwierig, denn die Leute mußten durch Rumänien, die Tschechoslowakei und Deutschland.

Ich ging zu Herrn Stockhammer vom Auswärtigen Amt, der das rumänische Referat hatte, und der erklärte mir: „Selbstverständlich will ich alles tun, da es sich hier um eine rein menschliche Hilfeleistung handelt, die Leute aus ihrem Elend zu drängen.“ (Bei diesen Worten wird im Zuhörerraum laut gelacht, was zu Entrüstungsbildungen von Teilnehmern der Verhandlung führt.)

Reichskanzler a. D. Bauer fährt fort, er habe durch seine Bitte an den Innenminister Seering vermeiden wollen, daß die preussischen Behörden den Barmats Schwierigkeiten beim Grenzübergang machten. Wie die falsche Angabe der Zugehörigkeit der Barmats zur holländischen Gesandtschaft entstanden sei, könne er sich nicht erklären. Er habe keinesfalls eine solche Angabe gemacht, die ja auch ganz sinnlos gewesen wäre; es habe sich hier nicht um die Behältsleute Barmat, sondern um eine rein menschliche Hilfeleistung für ihre Familienangehörigen gehandelt.

Von der Gültigkeit des Berichts des Generalkonsulats in Amsterdam habe ich erst jetzt Kenntnis bekommen. Aus den Zeitungen habe ich erfahren, daß der Abg. Ruschke im Ausschuss erwähnt hat, er habe mir schon im Winter 1920 einen Brief geschrieben, in dem er mich von den Barmats warnte. Ich erinnere mich daran, daß ein solcher Brief während meiner Amtszeit als Reichskanzler eingegangen ist, weiß aber nicht, ob er von Herrn Ruschke oder Herrn Better unterzeichnet worden war. Ich habe die Zuschrift dem Pressesekr. Herrn Kauscher zur Erledigung gegeben, der entsprechende Erkundigungen eingezogen hat und mir mitteilte, daß Herr Barmat gegen die „Berliner Volkszeitung“ ein Verfahren dieses Verfahrens ruhig abwarten könne. Anzeichen handelte es sich lediglich um Geschwätz.

Reichskanzler a. D. Bauer: Der Ausgang des Prozesses Barmat-„Volkszeitung“ ist für mich ohne Interesse. Ich bin mit der Sache amtlich befaßt worden dadurch, daß in dem Artikel Angriffe gegen Reichsbehörden gerichtet waren.

Ich habe Nachforschungen angestellt und dann die Redaktion der „Volkszeitung“ befragt, aber sie hat keine Beweise für ihre Behauptungen angeleitet.

Die Sitzung dauerte in später Nachstunde noch an. Weiterer Bericht in der Abendausgabe.

Die neue silesische Regierung besteht angeblich nach einer Verständigung zwischen den Vertretern des Heeres und — der Parli aus Emlke, Bello, Cobecico (alter silesischer Diplomat) als Premierminister, General Darnell und Admiral Carlos Ward, letzterer als vorläufiger Vertreter des zurzeit noch in Rom weilenden Präsidenten Messandri, der nach seiner Rückkehr wieder sein Amt bis zum Ablauf seiner Wahlperiode am 8. September übernimmt. Die neue Regierung will in kürzester Frist eine neue Verfassung ausarbeiten, die am 11. September in Form eines Manifests an das Volk in Kraft treten soll. Die gestrigen Minister werden aus der Haft entlassen ohne jede Verpflichtung gegenüber den Neuen. Für alle Revolutionäre und Gegenrevolutionäre wurde eine Amnestie erlassen. Die neue Regierung wird darüber wachen, daß die militärischen Autoritäten keine Gewalttaten gegen diese Männer verüben.

Gewerkschaftsbewegung

Tagung des Bundesausschusses des ADBB.

Der Bundesausschuss des ADBB hat am zweiten Tag fernher beschlossen, daß die bereits bestehende Abteilung für Sozialpolitik beim Bundesvorstand erweitert werden soll, um den gesteigerten Anforderungen, die auf diesem Gebiet jetzt an die Gewerkschaften gestellt werden, gerecht werden zu können. Um eine einheitliche Stellungnahme der Gewerkschaften in allen sozialpolitischen Fragen zu gewährleisten, wurde der Bundesvorstand ermächtigt, auch nicht dem Bundesvorstand angehörende gewerkschaftliche Sachverständige,

die bei der Vorbereitung der Sozialgesetzgebung tätig sind, als ständige Berater hinzuzuziehen.

Am dritten Tag hat sich der Bundesausschuss mit der Organisation des gewerkschaftlichen Bildungswesens beschäftigt. Der Vorstand stellte den Antrag, daß von den Verbänden

ein Pflichtbeitrag von 5 Pfennig pro Mitglied

aufgebracht werden soll. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. In der Aussprache kam allgemein die Überzeugung zum Ausdruck, daß eine Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Bildungswesens erstrebt werden müsse, die einen stufenweisen Aufbau vorsieht, um zu erreichen, daß nach den Gewerkschaftsschulen und in die Akademie der Arbeit künftig nur eine Auslese bereits genügend vorgequalifizierte Gewerkschaftler geschickt wird.

Der Bundesvorstand regte ferner an, daß im letzten Quartal dieses Jahres eine

Gewerkschafts-Studienkommission nach den Vereinigten Staaten entsandt werde. Dem Vorschlag wurde allgemein zugestimmt. Seine Ausführung wurde den Vorständen der Zentralverbände zur Beschlußfassung überwiesen.

Sobald trat der Vorstand in die Beratung der wirtschafts- und handelspolitischen Fragen ein. Eggert vom Bundesvorstand referierte. Der Ausschuss erkannte einstimmig die Bestrebungen des Bundesvorstandes an, bei den Handelsvertragsverhandlungen durch gewerkschaftliche Sachverständige vertreten zu sein. Der Bundesausschuss beauftragte den Bundesvorstand, die Interessen der Arbeiterschaft auch auf wirtschafts- und handelspolitischen Gebiet mit der größten Entschiedenheit zu wahren und die bisherigen Bemühungen mit allem Nachdruck fortzusetzen. Im Anschluß an diese Beratungen folgte der Bundesausschuss dem einstimmigen Beschluß, daß

bei den Betriebsrätewahlen,

den Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen und zu den Arbeiterkammern ausschließlich die gewerkschaftliche Wahlliste anerkannt werden soll. Gewerkschaftsmitglieder, die sich als Kandidaten in Gegenlisten eintragen lassen, können nicht in den Gewerkschaften bleiben.

Gegen die kommunistische Schurkerei.

Der Betriebsrat der AEG-Turbinenfabrik ersucht uns um die Veröffentlichung folgender

Entscheidung:

Die der SPD. angehörigen Arbeiter und Angestellten der AEG-Turbinenfabrik sprechen ihre tiefste Verachtung jenen Rohlingen gegenüber aus, welche neben einer Anzahl wackerer Parteigenossen auch einen unserer tüchtigsten führenden Männer, den Kollegen Bernhard Wolff, Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrates der AEG., anlässlich der sozialistisch-republikanischen Kundgebung mit Messerstichen und Fußtritten in bestialischer Weise schwer verletzt haben.

Unsere Absicht wird auch die für diese Untaten moralisch Verantwortlichen treffen, wenn sie nicht in letzter Stunde ihren jetzt eingeschlagenen parteipolitischen Kurs aufgeben.

Die bisher von den Betriebsräten unter Ausschaltung parteipolitischer Einstellung geleistete Arbeit der Aufwärtsentwicklung der arbeitenden Klasse wird durch solche Vorgänge schwer gefährdet. Wir erwarten, daß unsere SPD-Kollegen nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat einen scharfen Strich zwischen sich und jene Unmenschen ziehen, die mit der gegen ihre Betriebsratskollegen gerichteten Rohwaffe Arbeiterpolitik treiben.

Schiedsspruch in der chemischen Industrie.

Die Unternehmer der chemischen Industrie, Sektion Ia, hatten bei den letzten Verhandlungen jede Vohnerhöhung abgelehnt. Das angelegene Bezirksarbitrium konnte keinen Spruch fällen, weil die Unternehmer auch hier jedes Entgegenkommen ablehnten. Nachdem die Funktionäre der chemischen Industrie in überfüllter Versammlung zu der Lohnbewegung Stellung genommen und die Organisation keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß die Unternehmer mit dem offenen Kampf rechnen müßten, hat das Hauptarbitrium der chemischen Industrie für den Bezirk Berlin am 26. Januar folgenden Schiedsspruch gefällt:

Der Lohn des über 21 Jahre alten ungerlehnten männlichen Arbeiter der Fachgruppe II, Drittklasse A, beträgt für die Zeit vom 15. Januar bis einschließlich der 1. Lohnwoche im April 1925 62 Pfg. pro Stunde.

Ueber die hier geäußerten Wünsche der Arbeitgeber- und

Arbeitnehmerseite, u. a. Niederkauf und Oranienburg einerseits und die Gummi-Industrie andererseits betreffend, soll sofort an Hand des heute hier festgesetzten Spitzenlohnes eine Klärung im Bezirk herbeigeführt werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei einem besseren Organisationsverhältnis in der chemischen Großindustrie auch dieses Resultat besser ausgefallen wäre. Darum Arbeiter der chemischen Industrie:

Hinein in den Verband der Fabrikarbeiter!

„Revolutionäre“ Demaskierung.

Der „Klassenkampf“ wird bekanntlich lediglich von den Kommunisten geführt, dagegen treiben die dreimal soviel „Reformisten“ andauernd „Arbeiterverrat“. Auch proletarischer Anstand ist eine Tugend, die nur bei den Moskautzählern zu finden ist, während die Amsterdamer in Arbeitsgemeinschaften sich mit den Unternehmern verdrüßern.

Eine treffliche Illustration zu diesen Behauptungen der Kommunisten ist das Vorgehen des Bezirksbetriebsrats auf der Reichsbahndirektion Berlin. Der Reichswirtschaftsrat hat in mehreren Fällen eine Entscheidung gefällt, wonach die Auswahl der freizustellenden Mitglieder des Betriebsrats nach den Grundfähigkeiten der Verhältnismahl vorzunehmen ist. Trotzdem der Mehrheit des Bezirksbetriebsrats diese Entscheidung schon in der ersten konstituierenden Sitzung am 7. Juni 1924 bekannt war, lehnte sie es ab, nach dieser Vorschrift zu verfahren. Einzelne Mitglieder des FCB. äußerten z. B.: „Ruft doch den Reichswirtschaftsrat an, die Entscheidung wird ja dann nach drei Vierteljahren gefällig werden.“ Schiemenz hat es denn auch ausgezeichnet verstanden, durch Aufstellung aller möglichen unwahren Behauptungen, die Entscheidung bis zum 12. Dezember 1924 hinauszuschieben. Am 29. Dezember 1924 nahm dann der Bezirksbetriebsrat entsprechend der Entscheidung des Reichswirtschaftsrats die Auswahl der freizustellenden nach den Grundfähigkeiten der Verhältnismahl vor. Es wurden zwei Listen eingereicht. Bei der Wahl erhielt der FCB. neun und der DEB fünf Stimmen. Infolgedessen nahm am 2. Januar 1925 an Stelle des Kollegen Barnaschad vom FCB. der Kollege Riech vom DEB. seine Arbeit als freigestelltes Mitglied des Bezirksbetriebsrats auf der Direktion auf. Und nun? Derselbe Schiemenz, der in der konstituierenden Sitzung sich weigerte, entsprechend der Entscheidung des Reichswirtschaftsrats zu verfahren, stützte sich beziehungsweise bei der Annahme des Reichswirtschaftsrats im Falle des Hauptbetriebsrats auf diese Entscheidung. Es war ein Schauspiel für Götter, als in der Verhandlung vor dem Reichswirtschaftsrat (die beiden Fälle wurden an ein und demselben Tage verhandelt) ein und derselbe Schiemenz im Falle des Bezirksbetriebsrats gegen die Entscheidung des Reichswirtschaftsrats polemisierte, und in der anderen Verhandlung, Streikfall Hauptbetriebsrat, sich auf diese Entscheidung berief, was selbst bei den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats Heiterkeit auslöste.

Nachdem nun Riech vom DEB. seine Tätigkeit auf der Direktion aufgenommen hatte, richtete Schiemenz unter dem 6. Januar 1925 folgendes Schreiben an die Reichsbahndirektion:

„In der am 29. Dezember 1924 stattgefundenen Sitzung des Bezirksbetriebsrats ist die Wahl der freizustellenden Mitglieder vorgenommen worden. Am 2. d. M. trat an Stelle des Betriebsratsmitgliedes Barnaschad das Betriebsratsmitglied Riech. Ich mache aber darauf aufmerksam, da Riech nicht stellvertretender Vorsitzender ist, sondern Barnaschad. Irgendwelche Bestimmungen des Betriebsratsmitgliedes Riech in Betriebsangelegenheiten gegenüber der Verwaltung haben keine Gültigkeit. § 28 der Betriebsratsverordnung.“

Um das Vorgehen des Schiemenz richtig zu würdigen, sei daran erinnert, daß früher, als noch die „Reformisten“ die Führung des Betriebsbetriebsrats in Händen hatten, jedes der freigestellten Mitglieder in ihrem ihnen übertragenen Aufgabebereich auch mit der Verwaltung verhandelte und selbständig ihre Arbeiten erledigte. Solange die Herren noch unter sich waren, wurden verschiedene Mitglieder des FCB. auch mit der Vertretung vor Schlichtungsbehörden und Arbeitsgericht beauftragt, ohne daß von irgendeiner Seite daran Anstoß genommen wurde. Nachdem aber ein DEB.-Mitglied auf der Direktion tätig ist, sucht man krampfhaft nach Bestimmungen im Betriebsratsgesetz und wendet sich an den Arbeitgeber, um den verhassten DEB. im Betriebsbetriebsrat kaltzustellen. Die Kollegen des Betriebes werden bei den kommenden Betriebsrätewahlen dafür sorgen, daß diesen Leuten das Handwerk gelegt wird.

Totenfonntagmusik in der Bar.

Im „Eindendbusett“ sorgte eine ungarische Kapelle durch Vortrag von Tänzen, Schlagern, Schimms und sonstigen heiteren Musikstücken für die Unterhaltung der Gäste. Einige Tage vor dem Totenfonntag wollte der Wirt des Lokals feststellen, ob seine Musiker auch ernste Stücke, welche für den Totenfonntag zulässig sind, spielen könnten. Deshalb ließ er ihnen durch einen Kellner sagen, sie sollten etwas aus dem „Troubadour“ spielen.

Hätten die ungarischen Musiker eine Ahnung von den Absichten des Wirts gehabt, dann würden sie sich vielleicht bereit erklärt haben, an den nächsten Tagen einige Trauermärsche und Klagelieder einzuläuten, um die Gäste der Bar in die amtlich vorgeschriebene Totenfonntagstimmung zu versetzen. Aber der Kapellmeister mußte ja nicht, worum es sich handelte. Er ließ also dem Wirt sagen, daß er den „Troubadour“ nicht spielen könne. Dann verlangte der Wirt einen Vortrag aus „Lannhäuser“. Auch den konnte die Kapelle nicht ausführen. Als dann der Wirt zum drittenmal nach dem Kapellmeister schickte mit dem Auftrage, er solle etwas aus „Vohngin“ spielen, ließ der Kapellmeister, der nun glaubte, er werde aufgejogen, dem Wirt sagen, wenn er solche Musik wünsche, dann müsse er ein philharmonisches Orchester, aber nicht eine ungarische Tanzkapelle engagieren. Nach dieser Antwort

erklärte der Wirt, die Kapelle sei sofort entlassen, er wolle in seinem Lokal keinen Ton mehr von ihr hören.

Beim Gewerbegericht klagte der Manager der Kapelle auf Bezahlung der Kündigungsfrist im Betrage von 1800 M., die ihm auch zugesprochen wurden mit der Begründung, von einer Tanzkapelle, die als solche engagiert sei, könne nicht verlangt werden, daß sie ohne Vorbereitung andere Musik spiele. Wenn sie ein dahingehendes Verlangen nicht erfüllen konnte, so sei das kein Grund zur fristlosen Entlassung.

Versicherung der Bühnengehörigen.

Kongress einer Reichsversicherung für Bühnengehörige hat sich der Arbeitsauschuss der Versicherungsanstalt für die deutschen Bühnengehörigen auf einer Tagung in Mainz um die Schaffung einer einheitlichen Versicherung bemüht. Der Entwurf wird der Verbandsleitung der deutschen gemeinnützigen Theater zur Genehmigung vorgelegt, so daß im Sommer die Anstalt bereits ins Leben treten kann. Ob auch die jüdischen Bühnen, die Aktiengesellschaften und die Triestpächter von Theatern sich beteiligen werden, steht noch nicht fest. Beschlossen wurde, die Beiträge möglichst einheitlich zu gestalten. Die Anstalt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes und wird ihren Sitz in München haben. Die Verwaltung besorgt die bayerische Versicherungsanstalt unter Aufsicht des Ministeriums des Innern. In der Versicherung sind alle über 18 Jahre alten Angestellten eines Theaters einbezogen. An Leistungen sind vorgesehen: eine Unterfütterung bei einer über 26 Wochen dauernden Erwerbslosigkeit, ein Ruhegehalt vom 65. Lebensjahre ab, Sterbegeld und Witwen- und Waisengelder.

Der Streik im Saargebiet.

Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der drei Gewerkschaften, die für Fertigungsindustrie in Frage kommen, sind Donnerstag früh in den angekündigten Streik eingetreten. Die geforderte Lohn-erhöhung von 10 Proz. wurde abgelehnt. Die christlichen Metallarbeiter wollten am Nachmittag über ihre Stellungnahme zu dem Streik entscheiden.

„Wenn nicht alles täuscht“ — bemerkt die „Eco“ — ist dieser Streik der Kauftat zu kommenden großen Wirtschaftstreitigkeiten im Saargebiet.

Tschechische Bauarbeiter für Deutschland.

Wer fordert sie an?

Prag, 29. Januar. (Rth.) Wie die Prager Blätter melden, fand im Bundeszentralarbeitsamt in Prag eine Besprechung über die von Deutschland eingelaufenen Anfragen betreffs Stellung einer größeren Anzahl von Maurern und Zimmerleuten aus der Tschechoslowakei statt. Nach einer ausführlichen Aussprache zwischen den Vertretern aller interessierten Zentralorganisationen wurde einstimmig die Erklärung angenommen, daß sich die Vertreter gegen eine massenweise Anwerbung von Bauarbeitern für Deutschland aussprechen. Da gegen soll einer individuellen Auswanderung von Arbeitern, die in Deutschland Arbeit nehmen wollen, nichts in den Weg gelegt werden.

Angesichts der täglich sich steigenden Arbeitslosigkeit in Deutschland — bemerkt Rth. — halten wir es für unmahrscheinlich, daß die vorerwähnten Arbeiteranwerbungen in der Tschechoslowakei von deutscher Seite vorgenommen sind. Wie die tschechische Presse jedoch meldet, hat die Saargebietregierung eine größere Anzahl tschechischer Arbeiter angeworben.

Die Angelegenheit bedarf jedenfalls unverzüglich einer Klarstellung.

Ein merkwürdiger Streik.

Ueber den Streik der Elektriker und Heizer der öffentlichen Gebäude in London haben wir bereits in Nr. 47 des „Wormärts“ berichtet. Die Ursache des Streiks, die Einstellung eines inorganisierten, würde in Deutschland die ganze reaktionäre Presse zu spaltenloser stütlicher Entrüstungsmaschine über den „Terror“ der Gewerkschaften entflammen. Um so mehr als auch die im Königspalast zu Buckingham beschäftigten Heizer und sonstigen Bedienungsmannschaften die Arbeit eingestellt haben. Der Versuch, die Streikenden durch Streikbrecher zu ersetzen, ist mißlungen.

Im Britischen Museum und im Victoria Museum ist es so kalt, daß sich nur wenige Personen in die langen Korridore verirren. Außerdem war es von nachmittags 3 Uhr an dunkel. Vor dem Unterhause, dem Königspalast und den Museen haben die Streikenden starke Posten aufgestellt, um zu verhindern, daß Streikbrecher an ihre Stelle gesetzt werden. Ein Führer der Bewegung hat erklärt, daß die Streikenden erst dann wieder die Arbeit aufnehmen, wenn der Arbeiter, der aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist, entlassen wird.

Es wird weiter nichts übrig bleiben, als den Lukenheber zu entlassen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kunstleben: R. A. Böhm; Satire und Sonett: Felix Karstadt; Anzeigen: E. Schmidt; Ähnlich in Berlin: Verlag: Formdits-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Formdits-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 48, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

Abgabe der Umsatz-(Circus-)Neuerklärungen für 1924

Amlich wird auf Wiederholungen erneut hingewiesen: Wer Umsatz-(Circus-)Neuerklärungen abzugeben hat, ist nicht bereits für alle Vorauszahlungsabrechnungen (Monat bzw. Vierteljahr) des Kalenderjahres 1924 auf Grund genauer Errechnung seiner Umsätze Vorauszahlungen abzugeben und die diesen entsprechenden Vorauszahlungen geleistet hat, bei der Ende Januar 1925 eine Steuererklärung für das Jahr 1924 dem zuständigen Finanzamt auf dem amtlichen Formblatt einzureichen. Diese Formblätter sind bei den Finanzämtern, bei den Steuerprüfern und bei den Geschäften erhältlich, welche Formblätter für die Vorauszahlungen verkaufen. Soweit die Finanzämter gemäß den ihnen erteilten Weisungen von einzelnen Steuerpflichtigen die Abgabe einer Steuererklärung besonders erfordern, ist diesem Erklären innerhalb einer Frist von 14 Tagen nachzukommen.

Munitionsaufträge

Überblickt man nur den Nachweis des Deutschen Munition-Verbandes. Dieser Nachweis befindet sich jetzt Berlin O. 27, Ankerstraße 21. Fernsprecher: Köpenick 4310. Geschäftszeit 9—5, Sonntage 10—2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Rest- und Einzelpaare zu Schleuderpreisen

Wir haben in allen unseren Geschäften grosse Mengen Rest- und Einzelpaare aussortiert, die wir ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu den nachstehenden Schleuderpreisen verkaufen. Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

4⁸⁰ 5⁸⁰ 6⁸⁰ 8⁸⁰ 10⁸⁰

Stillier

Ein neuer Stadtmedizinalrat.

Prof. Dr. v. Drigalski im Stadtparlament gewählt.

„Kleine und Große Anfragen“ beschäftigten gestern die Stadtverordnetenversammlung ziemlich lange Zeit. Die Kommunisten fragten den Magistrat, ob der Gaspreis und der Fahrpreis auf der Straßenbahn nicht herabgesetzt werden könnten. Den Deutschen Nationalen waren die Neubauten der Straßenbahnbetriebsgesellschaft zu teuer — man kennt den Text und die Melodie! Der Deutschen Volkspartei gaben die angeleglichen Bergigungen des Personals im Krankenhaus zu Budum durch die Verpflegung und weiter vorgebrachte Beanstandungen von Fabrikaten der städtischen Fleischerei Hochrechtsfelde Veranlassung zu starken Uebertreibungen. Die Anfragen wurden durch die Beantwortung und Auskunftserteilung des Magistrats erledigt. Dabei konnte Stadtrat Wege feststellen, daß von dem abgebrühten Schien, der zu Wurst verarbeitet sein sollte, kaum ein Haar im Barfloss übergeblieben sei. Dann erfolgte die Abstimmung betreffend der Ueberlassung der Rathsausschüsse für eine Kolonialausstellung des Kolonialkriegerdanks. Die gesamte Rechte des Hauses, einschließlich der Demokraten, bekundete ihr Interesse an der wirtschaflichen Kolonialpolitik dadurch, daß sie für den Antrag stimmte. Die Halenkreuzer auf der Tribüne klatschten Beifall. Die Stelle des außerordentlich wichtigen Postens des Stadtmedizinalrats, die seit dem Auscheiden unseres Genossen Dr. Rabenow verwaist war, wurde durch die Wahl Prof. Dr. v. Drigalski, der in Halle dieselbe Stelle innehat, neu besetzt. Die Kommunisten hielten ihren Parteigenossen Dr. Klauber für diesen Posten geeignet. Sie erreichten durch ihren Einspruch zwar nicht die Wahl ihres Kandidaten, wohl aber eine Zersplitterung, weil zwei Wahlgänge nötig wurden. Unsere Fraktion stimmte für v. Drigalski. Eine Vorlage des Magistrats, die die Auszahlung des 10prozentigen Aufwertungsanleihens aus; auf besonders bedürftige Sparer und auf Mündelkassen ausgedehnt wissen will, wurde angenommen. Genosse Keuter brachte Verbesserungsanträge zur Vorlage ein und betonte, daß sich die Sozialdemokraten gegen eine Aufwertung von Spekulationsgewinnen mehren werden. Die Kommunisten stimmten gegen Vorlage und Anträge. Wie sie das vor ihren Wählern verantworten wollen, muß man ihnen überlassen. Vorsichtigerweise hatten sie keine Tribünenbesucher hinterlassen!

Vor zwei Monaten haben die Kommunisten den Magistrat wegen Herabsetzung des Gaspreises, Aufhebung der Gasmessemiete und wegen Ermäßigung des Straßenbahnfahrpreises interpelliert. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung beschuldigte der Kommunist Herr den Magistrat bzw. die Leitung der städtischen Werke, zum schweren Nachteil der Berliner Bevölkerung die größte Blusmacherlei zu betreiben; man lege den Abnehmern ungeheuerliche Tarife auf, um das Vermögen der Werke zu erhöhen. Die Halle, die der ehemalige Stinnes-Generaldirektor Winow jetzt im Aufsichtsrat der städtischen Werke spiele, bedürfe auch sehr der Auffklärung. — Stadtrat Schilling stellte fest, daß zurzeit eine Ermäßigung der Gaspreise unmöglich sei, daß man die Verhältnisse von hier und Berlin nicht, wie der Unterprellant getan, auf die gleiche Stufe stellen dürfe und daß über die Wirksamkeit des Herrn Winow nur eine Stimme der Anerkennung sei. — Zur Besprechung der Anfrage brachten die Kommunisten nicht die genügende Stimmenzahl auf. — D.

Erkrankungen von Schwestern und Assistenzärzten

Im städtischen Krankenhaus Budum sind von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer Anfrage gemacht worden. Bürgermeister Scholz antwortete, daß diese mysteriösen Erkrankungen bisher rätselhaft geblieben seien und allen Aufklärungsversuchen widerstanden hätten. — In der Besprechung trat Dr. Falkenberg (D. Sp.) der Auffassung entgegen, als ob es sich hier um eine Hege gegen die Krankenhausverwaltung handle. — Egg. Dr. Altkorner (Dnalk.) bemängelte die ungenügende Korrektheit der angefertigten Untersuchungen. — Gen. Dr. Wegl hielt den beiden Herren vor, daß die Verwaltung alle Untersuchungsmethoden erschöpft habe. Daß vielleicht bei den Schwestern und Ärzten eine Abneigung gegen den

Einheitsstich bestehe, sei Tatsache. Ob mit verdächtigsten Mitteln aus Nachsicht oder dergleichen auf die Qualität des Essens eingewirkt oder ob ein Zufall im Spiele sei, stehe nicht fest. Ob es unter den obwaltenden Umständen durchaus zweckmäßig war, sofort — vor stattgehabter Untersuchung — an die Öffentlichkeit zu gehen, sei doch zweifelhaft; jedenfalls sei der vom Bezirksamt neuerdings erlassene Ukas zu verurteilen. Das Bezirksamt werde in seinen Anstrengungen zur Aufklärung der Sache nicht erlahmen. Der Einheitsstich sei unbedingt ein Fortschritt und müsse beibehalten werden; Abwechslung und Schmeckhaftigkeit seien freilich notwendige Voraussetzungen. Der Streit um die Berechtigung des Bezirksamts Reutlins zu seinem Ukas und um die Vorzüge und Nachteile des Einheitsstiches ging noch eine Weile hin und her. Gen. Heilmann hob nochmals hervor, daß vom Bezirksamt alles unternommen sei, um der Sache auf den Grund zu kommen. — Auch die Lieferungen von Fleisch- und Wurstwaren aus der städtischen Fleischerei Hochrechtsfelde an die städtischen Krankenhäuser sind Gegenstand einer Anfrage der Deutschen Volkspartei. Nach der Behauptung der Anfrager habe ein Magistratsvertreter in einem Ausschuss zugeben müssen, daß Wurstwaren geliefert seien, welche Haare, Zähne, Tuschjegen enthielten. Nachdem Dr. Falkenberg diese „unglaublichen Zustände“ vorgebracht, stellte Stadtrat Wege unter wiederholter stürmischer Heiterkeit der Versammlung den Sachverhalt klar und

werf dem Dr. Falkenberg direkt Schädigung der städtischen Interessen vor.

da an allen diesen „unglaublichen“ Zuständen nichts Wahres sei. Die bezüglichen Beschuldigungen lägen fast zwei Jahre zurück. Hochrechtsfelde sei eine Musteranstalt, die ebenso musterhaft fortzuführen der Magistrat als eine seiner Hauptaufgaben betrachte. Das städtische Gymnasium in Reutlin soll abgebaut werden. In der Ausschussberatung hat die Mehrheit beschlossen, der Versammlung wiederholt zu empfehlen, den Magistrat um sein Eintreten für die Erhaltung der Anstalt zu ersuchen. — Von den Rechtsparteien wurde für diesen Vorschlag plädiert, während Gen. Kreuziger der vom Magistrat vertretenen Auffassung beistimmte, daß zur Erhaltung dieses Gymnasiums kein Anlaß vorliege. — Die Abstimmung ergab Annahme des Ausschussantrags mit 112 gegen 104 Stimmen. — Für den

Kosten des Stadtmagistrats

standen zur Wahl Professor Dr. v. Drigalski, Dr. Hoffmann und der von den Kommunisten vorgeschlagene Dr. Klauber. Auf v. Drigalski fielen 103, auf Dr. Hoffmann 93, auf Dr. Klauber 19 Stimmen. Die absolute Mehrheit von 108 war nicht erreicht; die engere Wahl zwischen v. Drigalski und Hoffmann ergab 106 für den ersteren, 96 für Dr. Hoffmann. Professor Dr. v. Drigalski ist gewählt. 18 Juxtal waren weiß. — Die Umänderung der Lehrverfassung der 16 Alt-Berliner Realschulen dergestalt, daß ihr Lehrplan mit dem der Oberrealschulen bis einschließlich Untersekunda identisch wird, ist im Ausschuss noch mehrmalige Beratung von der Mehrheit gutgeheißen worden. Diesen Mehrheitsbeschluss hatte vor dem Plenum Genosse Dr. Borhardt zu vertreten, während Gen. Studenat Dr. Witte in ausführlicher Darlegung mit großem Nachdruck namens der Fraktion und namens der gesamten Volksschullehrerschaft die Ablehnung des Magistratsvorschlags als eines zweifellosen Rückschrittes befürwortete. — In der weiteren Aussprache bestritt Herzog (Dnat.), daß durch die vorgeschlagene Neuordnung der Charakter dieser Realschulen irgendwie, sei es in pädagogischer, sei es in sozialer Hinsicht, geändert werde. Gehe die Stadt übrigens nicht freiwillig auf die Umformung ein, so werde der Staat direkt eingreifen. Auch der Oberstudienrat Dr. Hildebrandt (Dem.) trat an diesem Gen. Dr. Witte mit ähnlichen Argumenten entgegen. — Direktor Goh (Komm.) erklärte in der Umformung eine durch die Neuordnung erzwungene Verbesserung. Ein zu den Uebergangsbestimmungen gestellter Änderungsantrag der Demokraten für den auch die Kommunisten stimmten, kam mit 93 gegen 74 Stimmen

zur Annahme, und in dieser Fassung auch die Vorlage. — Für den Berliner Fußballklub Preußen soll die Stadt die Bürgschaft für ein ihm zu gewährendes Darlehen von 25 000 M. übernehmen, für den Sportklub Charlottenburg für ein Darlehen von 75 000 M. Der Hausausbauklub hat Ablehnung empfohlen, während der Sportausbauklub für Genehmigung sich ausgesprochen hatte. Man beschloß, den Magistrat um eine neue Vorlage zu ersuchen. — Nach einer Magistratsvorlage vom 6. d. M. soll

der 10prozentige Aufwertungsanleihe

auf Sparguthaben und von laufend unterstützten Kleinrentnern, Sozialrentnern, anderen Unterstützungsbedürftigen, Kriegesheldentagelöhnen und Kriegshinterbliebenen sowie Erwerbslosen ausgedehnt werden. In späterer Stunde knüpfte sich hieran noch eine längere Aussprache, in der Genosse Keuter Anträge auf eine noch weitere Ausdehnung des Kreises der Berechtigten durch Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre u. a. ankündigte und zugleich das Gebahren derer ins rechte Licht stellte, die sich in der Wahlbewegung echt demagogisch in Aufwertungsversprechungen zu Gunsten der breiten Masse der kleinen Sparer ergangen hätten, jetzt aber gar nicht daran dächten, selbst auch nur das geringste Opfer dafür zu bringen. Den Sparern müsse unbedingt ihr Recht werden; für Vorkurspartulanten gebe es keine Aufwertung. Außerordentlich bedauerlich sei, daß jetzt die Regierung selbst der Aufwertung Schwierigkeiten bereite. — Der Kammerer nahm Anlaß zu erklären, daß nur im Rahmen des Magistratsantrages auch die Mittel noch vorhanden seien; gebe man in den Anforderungen weiter, so müsse man auch praktikable Deckungsvorschläge machen. Darauf nahm die Versammlung gegen die Stimmen der Kommunisten die Vorlage an und überwies die gestellten Anträge der Ausschussberatung. Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Vorlagen Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat an den Magistrat folgende Anfragen gerichtet:

1. Entspricht es den Tatsachen, daß der Magistrat beschlossen hat, sich in Sachen des Studienrats Keiter, der vom Bezirksamt Kreuzberg zum Direktor der Urndi-Realschule gewählt worden ist, direkt an den Minister — unter Umgehung des Provinzialschulkollegiums — zu wenden, um eine Befähigung Keiters zu verhindern? Wenn ja — welche Gründe haben den Magistrat zu diesem ganz unhergebräulichen Vorgehen bewogen? Wenn es sich nicht um einen Magistratsbeschluss, sondern um das eigenmächtige Vorgehen einer einzelnen Verwaltungsstelle handelt — was gedenkt der Magistrat als berufener Hüter der Rechte städtischer Selbstverwaltung zu tun, um diese Rechte zu wahren?
2. Die Bauarbeiten an dem Neubau des Krematoriums in der Diestelmeyerstraße sind im Jahre 1923 aus Mangel an Mitteln eingestellt worden. Da ein dringendes Bedürfnis für die Schaffung eines Krematoriums in dem dichtbevölkerten Stadtteil vorhanden ist, fragen wir an: Wann gedenkt der Magistrat die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Krematorium in der Diestelmeyerstraße fertigzustellen und seinem Zwecke zu übergeben?

Ein ertragreiches Schadenfeuer.

Aufdeckung eines 300 000-Mark-Betruges.

Wegen Versicherungsbetruges in Höhe von 300 000 M. wurden der Direktor Kaczmarek und der erste Prokurist Paul Boda der Dauerwätsche-Aktiengesellschaft aus der Gerichtsstraße verhaftet. Die Verhaftungen erfolgten auf Grund der Ermittlungen der Kriminalpolizei, die folgendes feststellte:

Im Mai 1924 brach in den Fabrikationsräumen der Dauerwätsche-Aktiengesellschaft ein großes Schadenfeuer aus, das angeblich erhebliche Werte vernichtete. Kurz zuvor hatte der Direktor der Gesellschaft das augenblickliche Lager hoch verschätzt. Nach dem Brande wurde ein Schaden von 300 000 M. angegeben, der von der Versicherungsgesellschaft gedeckt wurde. Später kam es dieser zu Ohren, daß bei dem Brande nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei, und sie erstellte Anzeige bei der Kriminalpolizei, die die Blätter der Aktiengesellschaft beschlagnahmte. Bei der Durchsicht derselben wurde festgestellt, daß sich unmöglich Waren von so hohem Werte zur Zeit des Brandes in den Gebäuden befunden haben konnten. Weiter wurde ermittelt, daß auffälligerweise einige Tage zuvor ein großes „Aufräumen“ stattgefunden hatte, wobei alles in einen großen Raum zusammengetragen worden war. Es war jetzt offenbar, daß es sich hier um einen großen Betrug handelte.

Nachdem er sich nach dem Wechselschalter erkundigt, bat er Elisabeth, ihm zu folgen.

Mit großen Sprüngen, immer einige Stufen ihr voran, eilte er die Treppe hinunter, riß die Tür auf und lief auch auf der Straße und im Kassenraum immer einige Stufen voraus, indem er bald die Menschen rücksichtslos beiseite stieß, bald einen Diener mit seinem Spazierstock antippte: „Hallo, wo ist der Wechselschalter? Thank you. Hierher, Frau Hoff!“

Seine selbstbewußte Wichtigkeit, seine Betulichkeit hatten für Elisabeth zugleich etwas imponierendes, etwas Kührendes und auch ein bißchen Komisches. Und ich laufe wie sein getreuer Pudel hinter ihm her, dachte sie.

Nachdem er der Wechselkasse hundert Dollar übergeben hatte, erhielt er ein fingerdickes Bündel anderer Scheine zurück. Er faltete sie fächerförmig auseinander und zählte die knisternden mit Taschenspielergeschwindigkeit durch. Dann steckte er sie mit samt den übriggebliebenen Dollars, wie man einem Kind einen Bonbon in den Mund schiebt, Elisabeth in die Ledertasche.

Während das Auto den Schiffbauerdamm entlang fuhr, hatte Elisabeth das Gefühl einer leichten festigen Betrunkenheit, und wie Bläschen aus einem Oblee Sekt, stiegen aus ihr Vorstellungen von unzähligen guten Dingen. Ein Kinderkopf ist man, dachte sie. Das Geld wird zu Ende sein, ehe man sich's versteht. Aber hinter diesem Geld stand ja das andere, stand die kaum umzurechnende Summe, derenwegen sie gleich mit ihrem Mann sprechen würde.

Sie würde Kysed ihm vorstellen: „Ein alter Bekannter von mir. Ich erzähle dir ja...“ Und später im Lauf der Unterhaltung würde sie ihrem Mann sagen, daß sie Kysed vor seiner Abreise Geld geliehen hatte: „Du erinnerst dich doch? Ich erzähle dir ja...“ Bei Kleinigkeiten, die sie aus Bergeshöhe ihm vorenthalten hatte sie, um langatmige Erörterungen zu sparen das schon öfter behauptet. Er war dann jedesmal etwas verwundert, sagte sich aber rasch, denn für alle Dinge, die nicht seine Wissenschaft betrafen, hatte er ein schlechtes Gedächtnis. Aber ob er sich auch diesem Fall fügte? Ob er nicht fragen würde, vielleicht nicht gleich, aber später, wie sie dazu gekommen sei, ihrem Bekannten eine so bedeutende Summe zu leihen? Würde er nicht fragen, in welchen Beziehungen sie zu Kysed gestanden? Und dann — würde sie lägen? Nein! Sie würde die Wahrheit sagen. Die ganze Wahrheit! Würde daraus folgen, was wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

8) Von Wilhelm Hegeler.

„Ich hatte mich immer schon so entschieden,“ erwiderte sie schroff.

„Immer schon? — Dann verzeihen Sie nachträglich noch den kleinen Irrtum, der mich glauben ließ, Sie hätten, einen Augenblick wenigstens, geschwankt. — Frau Hoff,“ seine Stimme glättete sich wieder, „man kommt nach zehn Jahren zurück zu einem Menschen, den man, das darf ich doch wohl annehmen, in Freundschaft verlassen hat. Man freut sich auf das Wiedersehen, denn dieser Mensch bedeutet einem unter lauter Fremden ein Stück Heimat. Man ist zusammen, spricht von alten Zeiten oder... spricht nicht davon — man trennt sich wieder, mit dem angenehmen Gefühl, irgendwo auf der Welt gibt's einen Menschen, der einem nicht ganz gleichgültig ist. Das ist alles. — Ich hätte so nie das Gespräch auf diese Geschichte gebracht. Ich wollte einfach eine geschäftliche Angelegenheit erledigen. Und die müssen Sie mir schon gestatten. So zu erledigen, wie es unter ehrlichen Menschen Sitte ist. Ich nahm das Geld unter der Bedingung, daß ich es in der Not für mich brauchen, andernfalls für Sie anlegen sollte. Das habe ich getan und möchte Ihnen jetzt Ihr Eigentum zurückgeben. — Ist der besetzte Herr jetzt frei? All right, wir auch. Kommen Sie, bitte, Frau Hoff!“

Die beiden betraten ein mäßig großes Zimmer, in dem sich nur ein Beamter und eine an ihrer Schreibmaschine klappernde Dame befanden. Nachdem Kysed sich durch seinen Paß ausgewiesen hatte, antwortete der Beamte, die Sendung der Revadabank liege für ihn bereit.

„Wenn ich bitten darf, Frau Hoff, die Abrechnung zu prüfen, damit ich vor meinem Gewissen entlastet bin. Also hier —“ er schlug die erste Seite der zusammengehefteten Papiere auf — „am 1. Oktober brachte ich das Geld meinem Freund. Die ersten drei Monate hatte ich es natürlich verbümmelt. Die Summe machte gewechselt vierhundertsechszig und siebenzig Dollar aus. Er hat dafür Rubanleihe gekauft. Am 1. Januar hat er sie mit kleinem Nutzen gegen Goldbares veräußert. Da ging's dann aufwärts. — Bitte, sehen Sie, rechnen Sie genau nach, ob alles stimmt. Oder ist es Ihnen zu langweilig? Dann tun Sie's später. Am Krieg hat mein Freund die gute Idee gehabt, das Konto unter seinem Namen zu führen. Also weiter! Sehen Sie hier zum Schluß. Ehe ich herüberfahre habe ich die Papiere verkauft

lassen. In Summa achtaufendzweihundertdreißig und vierzig Dollar. Also in zehn Jahren etwas mehr als verzehnfacht. Das ist eine ganz normale Entwicklung. Sehen Sie's, bitte, durch und sagen Sie, was damit geschehen soll, ob Sie die Dollar behalten oder umwechseln wollen. Was macht das zum heutigen Kurs?“ wandte er sich an den Beamten.

Dieser begann auf seinen Notizblock zu rechnen und nannte dann die Summe.

„Ein netter Haufe schmutziger Papierlappen,“ sagte Kysed geringschätzig. „Ihr werdet in Deutschland noch russische Zustände bekommen. Eure Regierung müßte energisch legen: Stop! That ends it.“

Elisabeth saß in dem tiefen Lederfessel, die Abrechnung auf ihrem Schoß, blickte starrunselnd auf das Gewimmel der fein geschriebenen Zahlen, mehr mit Bestürzung als mit Freude, mehr in dem Gefühl, vor einem Abgrund, als vor einem unerhofften Glück zu stehen, vor allem aber sich ärgend über ihre Fassungslosigkeit, die sie hinderte, sofort das Richtige zu tun.

Doch plötzlich, kurz, heftig den Kopf schüttelnd, sagte sie: „Nein! Das geht nicht. Wenn Sie mir das geliehene Geld zurückgeben wollen, bin ich einverstanden. Aber dies da geht mich nichts an.“

„Wie lautet die Bedingung?“ erwiderte er zur. „Entweder ich verbrauche das Geld oder lege es an. Können Sie es leugnen?“

Sie wagte nicht zu leugnen, was sich nicht leugnen ließ. Zu genau erinnerte sie sich aller seiner Worte. Aber gerade diesen hatte sie damals so wenig Gewicht beigelegt, daß sie nie mit einer Rückgabe gerechnet überhaupt an das Geld kaum noch gedacht hatte.

„Wenn ich mit einer Amerikanerin zu tun hätte, so würde sie antworten: Well, ich werde die Abrechnung prüfen lassen und Ihnen dann Bescheid geben. Die deutschen Damen sind wahrhaftig zu wenig geschäftsgewandt,“ sagte Kysed halb zu dem Angestellten und dem Tippträulein. „Geschäft ist Geschäft, Frau Hoff. Wenn Sie mir das Geld anvertrauten, müssen Sie auch die Folgen tragen.“

Verwirrt durch das Bewußtsein, in den Augen der beiden Fremden Menschen eine kindische Rolle zu spielen, antwortete Elisabeth, sie möchte zuerst jedenfalls mit ihrem Mann sprechen.

„Wie Sie wollen. Wir können Ihren Herrn Gemahl ja gleich auffuchen. — Behalten Sie also die Dollar einstweilen für mich in Verwahrung,“ sagte Kysed zu dem Beamten. „Aber halt, das Kleingeld nehmen wir gleich mit.“

Die beiden Verhafteten sind gesund. Die Feuerversicherung hat, unabhängig von dem eingeleiteten Strafverfahren, auf dem Wege der Privatklage Pfändung des persönlichen Besitzes der Schuldigen beantragt. Das Worenlager und die Kabineneinrichtung, die luxuriöse Einrichtung der Wohnzimmerwohnung des Direktors am Kaiserdam, seine Villa, die er trotz der Wohnungsnot außerdem noch am Wannsee hatte, ein Segelboot und die Wohnungseinrichtung des Profuristen wurden für die Gläubigerin beschlagnahmt.

Volks-Karneval.

Es hätte kaum polizeilicher Verbote bedurft, um den größten Teil des Volkes vom ausgelassenen Treiben des „Karneval“ oder „Fasching“ fernzuhalten. Wer das ganze Jahr Sorgen im Kopfe hat, der vermag an sich schon auch nicht eine kurze vorbestimmte Zeit Miene und Maste überschäumenden Frohsinns zu zeigen. Zudem: der Karneval ist nie eine besondere Eigenart der Berliner, am wenigsten eine des Berliner Volks gewesen.

Man kann ihn nur dort richtig begehen, wo er zu Hause ist, und das ist in den katholischen Ländern. Es darf dort nach kirchlicher Sitte und polizeilicher Regelung weit weniger während des Jahres getanzelt werden als hier oder sonst im Norden. Um diese bittere Bille zu verzuckern und andererseits die langen Trauertage in ihrer tragischen, bühnenhaften Wirkung noch zu vertiefen, gestaltet man drei Tage ausgelassenster Freude. Der Hauptspieß besteht in der Vertreibung und der tiefere Sinn ist die unvermeidliche Demaskierung: auf Freude folgt Leid, alles, was heute gar nicht genug zu leben weiß, muß vielleicht schon morgen in den Staub zurückkehren, dem es entnommen ist — und leichter sind die Menschen der überquellenden Lust geneigt, sich am Aschermittwoch die Asche aufs Haupt streuen zu lassen.

Dies ist der tiefere Sinn des Karnevals, aber man muß ihn in romanischen Ländern erleben, wo man weder die Freude zu echt noch die Buße zu zerknirschend nehmen darf. Es steht aber auch ein Sinn darin, wie hier das Volk den Fasching betrachtet. Er geht vorüber, ohne daß man ihn ernstlich beachtet. Wer nichts anzusehen hat, dem sind auch Möglichkeit und Lust genommen, sich zu verteidigen. Und wer nicht soviel verdient, daß er reichlich Brot essen kann, der hat auch nicht den Drang, sich für teures, schwer verdientes Geld auszutoben.

Jugend, vor allem auch Arbeiterjugend soll sich freuen, soll in der Freude weit und herzlich gehen, sie hat wahrhaftig ein Recht darauf, aber unsere Jugend hat mit dem Fasching gebrochen. Ihre Anschauung von Freude ist veredelt, die Freude selbst hat damit viel gewonnen. Müssen andere, die es sich leisten können, täglich Fasching feiern — wie viele werden sich nicht täglich wehrtun um, von den schlimmsten Modedamen gar nicht zu reden, mögen sie den Karneval zu noch erhöhten Freuden des Scharnsteins benützen — das Volk kennt keine Faschingszeit, aber die Zeit seines Fastens, die nicht kirchlich und staatlich beschränkt ist, trägt es tapfer — mit der Bewußtheit, daß auch ihm einst bessere Zeiten kommen, die ausgleichen und ein ganzes Jahr mit der menschenwürdigen Verteilung von Freudenmöglichkeiten ausfüllen. Und das ist eine Hoffnung, die mehr Lust in sich birgt, als ein künstlich geschönter Fasching, dem der Aschermittwoch mit peinigender Gewißheit folgt.

Abrechnung über die Reparaturzuschläge.

In der Zeit vom 1. bis 10. Februar haben die Vermieter auf Verlangen der Mietervertretung oder — wo eine solche nicht besteht — auf Verlangen der einzelnen Mieter die Abrechnung über die Verwendung der Reparaturzuschläge für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1924 vorzulegen. Der Vermieter muß (am besten schriftlich) zur Vorlegung der Abrechnung ausdrücklich aufgefordert werden. Haben die Mieter die 4 Proz. für Schönheitsreparaturen bei der Mietzahlung abgezogen, so muß der Vermieter für die 6 Monate je 11 Proz., also zusammen 66 Proz. der Friedensmiete für laufende Instandsetzungsarbeiten verwenden haben. Haben die Mieter die 4 Proz. nicht abgezogen, hat also der Vermieter die Schönheitsreparaturen auszuführen, so hat er die Verwendung von je einmal 15 Proz. — 90 Proz. der Friedensmiete für das letztverstrichene Halbjahr nachzuweisen. Die Mieter müssen unbedingt von diesem Kontrollrecht Gebrauch machen, wenn sie sich nicht wichtiger Rechte begeben wollen. Ersparnisse, die der Vermieter in früheren Abrechnungsabschnitten gemacht hat, muß er als Ueberschuß vorlegen und mit nachweisen. Stellt sich bei der Prüfung der Abrechnung heraus, daß der Vermieter Gelder hinter sich hat und trotzdem laufende Instandsetzungsarbeiten nicht ausgeführt hat, so kann die Mietervertretung oder jeder einzelne Mieter beim Bezirkswohnungsamt den Antrag stellen, daß die Ausführung der Arbeiten behördlicherseits erzwungen wird. Die Abrechnung hat der Vermieter im Hause selbst anzulegen (entweder in seiner eigenen Wohnung oder in der des Verwalters, Portiers usw.). Der Mieter braucht sich nicht an eine außerhalb des Hauses befindliche Stelle zu begeben, um Einsicht in die Abrechnung zu nehmen. Die Einsicht ist so gedacht, daß die Mietervertretung oder der einzelne Mieter die Gelegenheit hat, die gesamte Abrechnung und die einzelnen Belege über die Ausgaben durchzuprüfen und sich die erforderlichen Notizen zu machen oder Abschriften zu nehmen.

Im Anschluß an obige Ausführungen fordern wir die Abteilungsleiter hiermit auf, dafür zu sorgen, daß in ihrem Bezirk die erforderlichen Schritte von den Mietervertretern und Mietern unternommen werden. Von etwaigen Weigerungen der Vermieter, die Abrechnungen vorzulegen, erbitten wir Mitteilung in der nächsten Abteilungs-Mietervertreterversammlung, und zwar schriftlich, und unter Beifügung des Materials.

Bezirksmieterausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.
S. A. Dr. Glaser.

1600 M. Belohnung für Aufklärung von Raubüberfällen.

Zur Aufklärung zweier Raubüberfälle, über die wir in den letzten Tagen berichteten, ist jetzt eine Belohnung von 1600 Mark ausgeschrieben worden. Der eine Raubüberfall wurde in den Abendstunden am 14. d. M. in den Räumen des Beamtenwirtschaftsvereins in der Germaniastraße 57 zu Tempelhof von drei maskierten Männern ausgeführt, die mit Handgranaten und Revolvern ausgerüstet waren, der zweite am 26. wieder abends in dem Verkaufsraum der Konsumgenossenschaft in der Siedlung Lindenhof, Schöneberg, Eptstraße 3, von

drei unmaskierten Männern, von denen zwei ebenfalls mit dem Revolver die Anwesenden in Schach hielten. Auf die Ergreifung der Täter haben jezt der Beamtenwirtschaftsverein und die Konsumgenossenschaft je 500 Mark und das Polizeipräsidium 600 Mark Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Bernburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums, Hausnummer 433 und 601.

Oeffentliche Kultur-Rundgebung

am Sonnabend, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Plenarsaal des Preuss. Staatsrats, Leipzig Str. 3:

1. Schule und Republik.

Redner: Konrad Haensch, Staatsminister a. D., M. d. B.

2. Das Konkordat und seine Gefahren.

Redner:

Ulwin Saenger-Rünchen, Staatssekretär a. D., M. d. B.

Volksgeossen! Lehrer und Elternbeiräte! Väter und Mütter! Erscheint in Massen! Kein Freund einer freihetlichen Schulentwicklung darf fehlen!

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokr. Lehrer u. Lehrerinnen Berlins

Justiz auch an Schwerekrante.

Im Anschluß an die Zuschrift vom 25. d. M. teilt uns ein Strafgefangener mit: „Seit Februar v. J. befinde ich mich in Haft, und zwar wegen einer schweren Blutkrankheit im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses. Schon vorher war verurteilt, den Antrag gestellt worden, mich einem Krankenhaus zu überweisen, nützlichfalls auch ohne Strafunterbrechung, dem auch stattgegeben werden sollte, falls ich hinfällig und im Gefängnis nicht zu behandeln sei. Hier wurde meine Blutkrankheit gar nicht behandelt; ich erhielt nur Morphium gegen meine Schmerzen. Mein Zustand verschlimmerte sich so, daß ich im Dezember vier heftige Blutstürze erlitt und anderthalb Tage bewußtlos lag. Auch jetzt wurde ärztlicherseits nichts unternommen. Auf Antrag meines Verteidigers wurde ich Ende Dezember der Charité vorgelegt; dort stellte man fest, daß ich hinfällig sei; im übrigen konnte während der kurzen Beurlaubung keine bestimmte Diagnose gestellt werden. Der Hämoglobininhalt sank am 27. Dezember bis auf 32 Proz., ohne daß eine Behandlung erfolgte. Wegen Lebensgefahr stellte mein Anwalt den Dringlichkeitsantrag, mich dem Krankenhaus zu überweisen; jedoch lautete ein Gutachten des Gefängnisarztes dahin, daß ich hinfällig sei, obwohl er die Krankheit monatelang vernachlässigt hatte und die Diagnose überhaupt nicht konnte. Es wurden mir täglich zwei Spritzen verabreicht! Bergänglich hat ich um eine Blutübertragung. Erst am 10. Januar wurde ich wieder der Charité vorgelegt, die gleich nach Verhören die Diagnose hatte feststellen sollen. Die Charité verlangte dringend meine Aufnahme, die wiederum erst am 23. d. M. erfolgte, nachdem sich mein Zustand noch mehr verschlechtert hatte.“

Wie unser Gewährungsgesetz häufig vorkommen. Es ist zu fordern, daß diese unmenslichen Zustände sofort Gegenstand einer Revision durch eine unparteiische Ärztekommision werden.

Der Student kann nicht der Mörder sein!

Der Student Eugen Gantner, der unter dem Verdacht der Täterschaft vorläufig festgenommen wurde, bot für die ganze Zeit, die für das Verbrechen in Betracht kommen konnte, einen Alibi-beweis an, der ihm gelungen ist. Seine Angaben wurden bis in die kleinsten Einzelheiten hinein geprüft, so über sein Zusammensein mit Studenten und anderen Beuten in Lokalen usw. Die ganze Zeit ist hiernach ausgefüllt und Gantner kann nicht der Mörder sein. Er wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Ermittlungen der Nordkommission, die natürlich auch nach seiner vorläufigen Festnahme auch nach anderen Richtungen unermüdlich fortgesetzt wurden, haben keinen weiteren Anhalt für die Aufklärung geliefert. Mitteilungen nehmen die Kriminalkommissare Dr. Koch, Pipit und Brumme im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums entgegen.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 30. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkspille).
6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse.) Handlungskurse. Fritz Langstadt: „Formen der Kapitalbeteiligungen“. 2. Vortrag: „Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Die Frauen und Heinrich Heine“. 7.30—8.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 7.30 Uhr abends: Medizinische Vorträge. Professor Dr. Lewandowski: „Die körperliche Erziehung der Jugend“. 2. Vortrag. „Die Liebesübungen der Schuljugend“. 8 Uhr abends: Landwirtschaft und Gartenbau. Abteilung Gartenbau. Gartenbandirektor Ludwig Lesser: „Der Siedergarten“. 8.30 Uhr abends: 14. Sonderveranstaltung der Funkstunde A-G. 1. a) Delphische Tänzerinnen. Cl. Debussy, b) Das unterbrochene Ständchen. Cl. Debussy, c) Pucks Tanz. Cl. Debussy, d) Minstrelle. Cl. Debussy (Theophil Dometriescu, Klarier). 2. Der Eisberg. Henry Urban (Hans Mühlberg, Rezitation), 3. Kinderstube. Muzsorgsky (Maria Schreker, Sopran). 4. a) Der Musiker. O. v. Hanstein, b) Der Knappe. W. Bloom, c) Kennst du das Haus. R. Presber (Hans Mühlhofer). 5. a) Zwei Lieder auf den Tod eines Kindes: 1. O Glocken, böse Glocken, Franz Schreker, 2. Daß er ganz ein Engel werde, Franz Schreker, b) Sie sind so schön, Franz Schreker, c) Wiegenlied aus der Oper „Der Schatzgräber“, Franz Schreker (Maria Schreker). 6. Flüchtige Visionen, S. Prokofeff (Theophil Dometriescu). Am Flügel: Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Das Deutsche Rundfunkprogramm
größte und vielfältigste Unterhaltungs- und Musikprogramm
Abonnementbestellung durch jeden Briefträger

Die Herren, die nach Stettin wollten!

Ein Abenteuer mit Bauernfängern.

Ein unangenehmes Abenteuer hatte ein Provinzler in Berlin, der das Pech hatte, in eine Bauernfängerkaschonne verwickelt und dort überfallen und beraubt zu werden. Und das, trotzdem doch die Mitteilungen derartiger Fälle in den Zeitungen keinen anderen Zweck haben, als das Publikum zu warnen und zu mahnen, die Augen aufzuhalten.

Eines Tages war der Händler F. auf der Durchreise in Berlin und wollte nach Stettin weiterfahren. Als er sich auf dem Stettiner Bahnhof die Fahrkarte gelöst hatte und sich auf der Straße die Zeit etwas vertreiben wollte, wurde er von einem gutgekleideten Herrn angesprochen, der bald herausfand, daß F. nach Stettin wolle. Zufälligerweise hatte der Fremde, der sich als ein angenehmer Plauderer erwies, dasselbe Reiseziel. „Dann kann man ja“, so meinte er gemächlich, „zusammenfahren“, worüber der Provinzler sehr erfreut war. Der Fremde forderte ihn nun auf, mit in „sein Hotel“ zu kommen, wo er sich seinen Koffer abholen sollte. Dem harmlosen Provinzler fiel es auch gar nicht auf, daß er, statt in ein Hotel, in ein gewöhnliches Schanklokal in der Borjstraße geführt wurde. Zwei andere Herren, die zufällig auch nach Stettin wollten, gefolgt sich hinzu. Sobald sie nun im Lauf des Gesprächs feststellten, daß F. eine gutgepackte Brieftasche bei sich hatte, gaben sie ihm einen Stoß, entriß ihm das Geld und ließen aus dem Lokal. F. wollte ihnen nachsehen. In der Tür sprang ihm jedoch ein vierter Mann, der sich am Büfett aufgehängt hatte, entgegen und versetzte ihm mehrere Schläge auf den Kopf und ins Gesicht, daß er zurücktaumelte. Inzwischen waren die Räuber auf und davon. Als die Polizei kam, fand sie den Arbeiter Hermann Schulz an einem verschwiegenen Ort. Er wurde festgenommen und von dem Beraubten auch als der Mann erkannt, der ihm an der Tür entgegengetreten und ihn niedergeschlagen hatte. Die anderen waren entkommen und bisher nicht zu ermitteln. Daher hatte sich Schulz allein wegen Raubes zu verantworten. Er bestritt auch nicht, daß er F. niedergeschlagen habe, behauptete aber, daß er als ganz unbeteiligter Gast am Büfett gesessen und gehört habe, wie dem F. von den anderen zugerufen worden sei, er solle ihnen das Geld zurückgeben, um das er sie im „Kümmelblättchen“ betrogen habe. Er habe den hinausgehenden F. für den flüchtenden Bauernfänger gehalten. Auch die Wirten des Lokales und andere Zeugen, die im Nebenzimmer beim Kartenspiel gesessen hatten, behaupteten, daß sie F. gehört hätten, F. solle ihnen ihr Geld zurückgeben. Offenbar hatten die Gauner den alten Verbrechertick nach der Methode: „Haltet den Dieb“ angewendet. Die eigentlichen Räuber wollte aber niemand kennen. Das Gericht folgte schließlich den Darlegungen des Verteidigers, daß dem Angeklagten eine Beteiligung an dem Raube nicht nachzuweisen sei, und sprach ihn trotz dringender Verdachtsmomente mangels ausreichenden Beweises frei.

Ein Scheinpiel.

Ein anderes Kümmelblättchenpiel, das jezt vor Gericht verhandelt wurde, hatte sich in einem D-Zug der Strecke Rietzen—Ubeck abgespielt. Die drei Angeklagten namens Le Juge, Heinrich Schiller und Hermann Döring waren in Kleinen in den Zug eingestiegen. In dem Abteil saßen auch mehrere Landleute. Gleich nach der Abfahrt nahm Schiller ein Spiel Karten heraus und sagte zu Le Juge: „Das ‚Herz-As‘ ist der Steuerbeamte, ‚Kreuz 8‘ und ‚Bique 8‘, das bist du und deine Frau. Wenn du auf die richtige Karte jezt, hast du gewonnen. Ich wette aber, daß du den Steuerbeamten nicht findest.“ Der andere setzte nun, gewinn und verlor 5 und auch 10 M. Die Mitreisenden sahen interessiert zu und machten den Spieler darauf aufmerksam, daß er verkehrt gespielt hätte. Dagegen protestierte nun der andere und sagte: „Meine Herren, vorsagen gilt nicht, es kann jeder sehen. Ich nehme jede Wette bis zu 50 M. an.“ Nachdem diese Aufforderung mehrmals erfolgt war, mißte sich Döring, der bis dahin den uninteressierten gespielt hatte, hinein und sagte: „Wenn ich mißspiele, nehme ich Ihnen das ganze Geld weg.“ Er gewann auch mehrmals. Die Landleute im Zuge waren trotzdem vorsichtig, beteiligten sich nicht an dem Spiel und flogen schon an einer der nächsten Stationen aus. Daraus hörte das Spiel auch sofort auf. In der Beweisaufnahme ergab sich, daß der Angeklagte Schiller im Juli das „Kümmelblättchenpiel“ während einer Eisenbahnfahrt mit großem Erfolg betrieben und einer Dame und einem Herrn mehrere hundert Mark und einen früheren Dollarbetrug abgenommen hatte. Die Dame war so ausgeplündert, daß ihr Schiller „großmütig“ einen Dollar zurückgab, damit sie ihre Reise fortsetzen konnte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, vertrat die Ansicht, daß das Spiel, das die drei Angeklagten gemacht hatten, nur ein Scheinpiel gewesen sei. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und kam bei Le Juge und Döring aus diesem Grunde zu einer Freisprechung. Schiller jedoch wurde in dem anderen Falle des gewerbmäßigen Glücksspiels für überführt erachtet und erhielt vier Monate Gefängnis.

Wostshandbrand in Treptow.

In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr brach in dem Wostshaus des Berliner Rudervereins von 1876 in Treptow, Poetensteig 2, ein Dachstuhlbrand aus, der sich schnell ausdehnte und erheblichen Sachschaden anrichtete. Die Reutländer Feuerwehr sowie die Wehr aus Niederhühneweide und der Löschzug 8 der Berliner Feuerwehr aus der Reichenerger Straße eilten an die Brandstätte und löschten die Flammen nach etwa einstündiger Tätigkeit.

Um den Potsdamer Stadtschulrat.

Die Potsdamer Stadterordneten haben sich gestern in außerordentlicher und geheimer Sitzung mit dem deutsch-nationalen Antrag vom Abbau der Stadtschulratsstelle und ihrem derzeitigen Inhaber befaßt. Der Magistrat war in der Sitzung nicht zugegen und die Stadterordneten verhandelten ohne Kenntnis der Stellungnahme des Magistrats. Die Deutschnationalen begründeten ihren Antrag; was sie vorzubringen hatten wurde in der langen Aussprache zum größten Teil widerlegt und es ergab sich eine merkwürdige Absonderung der übrigen Parteien von den Deutschnationalen, die schließlich ihren Antrag zum vierten Male abänderten und nunmehr den Abbau des Inhabers der Stadtschulratsstelle verlangten. Sie drangen auch damit nicht durch, es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der sich aus fünf Stadterordneten zusammensetzt und in der nächsten ordentlichen Stadterordnetenversammlung Bericht erstatten wird. Die auf Freitag vorgegebene Sitzung fällt aus.

Mit dem Hem in die elektrische Hofe. Ein Unfall ereignete sich Donnerstag mittag in dem Seifengeschäft Reichenerger Straße 130. Die 18jährige Tochter des Schneidermetzers Chubzick, welche mit

58
ENVER BEV GOLD
58

Ein Triumph der Küche ist die neue

Knorr-Suppenwurst

Versuchen Sie Knorr Suppenwurst:
Grünkern, Ochsenschwanz, Tomaten,
Blumenkohl, Krebs, Pilz, Spargel.

Eine Knorr Suppenwurst kostet nur 35 Pfg.
und gibt 6 Teller Suppe.



Was gibt es Neues?

Endlich eine wirkliche Feinkost-
margarine, sie heisst „Schwan
im Blauband“ und kostet nur
50 Pfennig das Halbpfund.

Wir alle sind von ihren guten
Eigenschaften entzückt und sie
darf bei uns auf dem Tisch und
in der Küche nicht mehr fehlen.

Schwan im Blauband

frisch gekernt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig
illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
12 Uhr: Sinfonie-
Mittagskonzert
7 1/2 Uhr: Sinf.-Konzert
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Der Barbier
von Sevilla
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Walfest, Tod
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Von morgens
bis Mitternacht
Volksbühne
6 1/2 Uhr: Sekundfals
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr
Frühlingserwachen
Kammerspiele
8 Uhr: Der Lampenschirm
Die Komödie
Lützowstr. 112/113
7 1/2 Uhr
Sedna Personen
suchen
einen Autor
Theater d. d. Republik
8 U.: Der Tokajer
Komödienhaus
8 Uhr: Die
Cassino z. Warschau
Berliner Theater
7:30 Uhr:
Anneliese v. Drossow

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
**Professor
Bernhardi**
v. Artur Schnitzler
Tanz, Gait-Theater,
Ballet, Opern, Kar-
nival-Lieder u. a. m.
Kleines Th.
Tägl. 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in
BANCO
Schauspiel, Fälschung,
Herr, Frau

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
**Erika
Glässner**
in
Mary

Kammer-Oper
Lützowstr. 112.
in der Pflanzstraße
Täglich 8 Uhr:
**Wehl zu ruhen,
Herr Nachbar!**
Kom. Op. v. Polke
Das kluge Ferkeln
von Wend und
Karron 5, 4, 3, 2 M.
inkl. Parkett und Prospekt.
Casino
Tägl. 8 Uhr:
**Variété-
REVUE**
mit
**Winstons
Taud-
sensation**
Sonntags 7:30 Uhr
halber Preis, das
volle Programm!

Residenz-Th.
8 Uhr:
Lützowstr. 112
Glacé
Werbezirk
in: Rosa Altshol
mit Karl Ertlinger
Preise 1, 2, 3 M. usw

Haller-Revue
1925
Th. I. Admiralspalast
25. Woche
Allabendl. 8 1/2 Uhr
Die größte
Revue d. Welt!
„Noch und Noch“
Sonntag nachm.
3 1/2 Uhr:
**Die ganze
Vorstellung
zu halben
Preisen!**
2. Rang 1 Mark

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die
versunk. Glocke
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Tiefland**

Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza

Neues Th. am Zoo
Tägl. 7 1/2 Uhr
Wild-West-Mädel

Th. in Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr:
Die Frau ohne Kopf
mit Molly Wessely
Fritz Spira
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Raub d. Sabrierinnen
Casino-Theater
Lützowstr. 112. Tägl. 8 Uhr:
Der neue
Schlager
Graf Hoks
Posse in 3 Akten
Gänzl. neu f. Berlin!
Vollständl. Preise!

Apollo-
8 Uhr Theater 8 Uhr
Revue-Posse
Daslachende Berlin
Über 150 Mitwirkende!
Ganz kleine Eintrittspreise!
Parkett 2,50 M.

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr
Ellie-Sänger.
Die Revue des Humors:
„Wie sie ... veran!“
Vollständliche Preise.

Neue Welt
Arnold Scholz = Basenbeide 100/114
Täglich
Bockhiefest
8 Kapellen
Neue Dekorationen
30 bayerische Mad'l
Jedes Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag

Gr. Ball
Einl. Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 3 Uhr
Anf. Wochent. 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr

Colin Ross

spricht zu seinem Film
**MIT DEM KURBELKASTEN
UM DIE ERDE**
ab Heute, 30. Januar
im
**UFA-THEATER
ALEXANDERPLATZ**

täglich 7/8 und 9/8 Uhr
Sonntags 4, 7/8 und 9/8 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! (Chirurgiemechanik Achtung!)
Heute, Freitag, den 30. Januar,
nachm. 4 Uhr, im Pastorenhof des
Verbandsheuses, Eintr. 53 65:
Branchenversammlung
Tagordnung: Bericht über die
Auswertung und Stellungnahme bezgl.
des Erlasses über die
Die Ortsverwaltung.

Dezimalwagen
Tafelwag. Gewicht,
110 kg. Preis, inkl. Lenk.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür we-
sentl. billiger Preis!

Offene Füße
Krampladeres-
schwüre, schmerz-
hafte Wunden, Ent-
zündungen etc., un-
erträgliches Jucken,
neigt zu taug. Dank-
sagungen die milde
und wohltuende Or-
linda-Salbe. M. 1,15
u. M. 3,00. Wo in Dro-
gerien u. Apotheken
nicht erhältl., durch
Otto Reichel, Karls-
str. 50, Eisenbahnstr. 4.

**Abreißkalender
1925**
Der in Telford hergestellte
Kalender föhrt in seiner Familie
und in seinen Wirtshäusern!
Preis 2 M. 12
Zu haben in der Buchhandlung
F. W. D. H. und in der
Büchereibuchdruckerei,
Lützowstr. 3, fern u. allen
Participations-Bezugs-
und-Kaufstellen nehmen ebenfalls
Bestellungen gern entgegen

Möbel
Speise-, Herren-, Schlaf-
zimmer, Küchen, Klub-
garnituren, Einzelmöbel
äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungsanleiherung
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Deutsch. Künstlertheater
Tägl. 8, 9 Uhr
„Riquetto“
Lustspielhaus
8 Uhr: Gute Töchter
9, wahre Jakob
Operettenhaus
in der Pflanzstraße
8 Uhr:
Die verlassene Frau
Wallner-Theat.
8 Uhr:
Pfeifen und Melodien

Rose-Theater
4, 6: Mädchen
von Schöneberg

**Circus
Busch**
7-9: Gr. Circusprog.
8 Uhr: Quo vadis?
Nur noch h. t. Febr.
Stg. 3 U. halbe Preise

**Novitäten-
Spielplan:**
Sonntags 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Freuden anst. d. d.

**METROPOL
VARIÉTÉ**
8 Uhr
Der
hervorragende
**Januar-
Spielplan!**

**Wöchentliche Teilzahlung
Eleg. Herrenbekleidung**
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Garantie für guten Sitz u. pa. Verarbeitung
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl!
Maßschneiderer Julius Fabian
Große Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage

Vom Freitag, den 30. Januar, bis Sonnabend, den 7. Februar:
**Besonders preiswertes Angebot
Winter-Paletots, -Pelze und -Joppen**

Um unsere großen Lager in Winterwaren zu räumen, haben wir uns
entschlossen, trotz unserer bekannt billigen, zum Teil schon herab-
gesetzten Preise, jetzt noch einen
Extra-Nachlass von 20%
zu gewähren.
Jedermann sollte diese selten günstige Kaufgelegenheit benutzen!
Kohnen & Jöring Abteilung:
Herrenbekleidung
10 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins
Dieses Angebot gilt nur für unsere folgenden 5 Geschäfte:
Alexanderstraße 12 Neukölln, Bergstr. 61 Friedrichshagen
Rosenthalerstraße 53 Brunnenstraße 126 Friedrichstraße 76

**Komische
Oper**
8 Uhr 8 Uhr
Direktion: James Klein
**Unsere
Revue:**
Das hat die Welt
noch nicht gesehn
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des
Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pl. bis 6 Mk.)
Vorverkauf ununterbrochen!

WEISSE WOCHE

Beginn 2. Februar
Vorverkauf morgen Sonnabend
HERMANN TIETZ

Brauns Sozialprogramm.

Kritik des Referenten Hoch im Ausschuß.

Der Reichshaushaltsausschuß legte gestern seine Arbeiten mit der Beratung des Voranschlags des Reichsarbeitsministeriums fort.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gab eine Uebersicht über die Arbeiten des Ministeriums und seine Absichten für die Zukunft. Der Ausbau im Bereiche des Reichsarbeitsministeriums sei beendet, er sei so stark, daß er eine gewisse Gefahr für die rasche Erledigung der laufenden Arbeiten bedeute. Nach der Inflation sei ein vollständiger Neuaufbau der Sozialversicherung erforderlich geworden. Der heutige Aufwand für die Sozialversicherung belaufe sich auf 1,6 Milliarden gegenüber 1,1 Milliarden der Vorkriegszeit. Dennoch könne von einer zu hohen Belastung der Wirtschaft keine Rede sein. Die Wiederherstellung der Leistungen der einzelnen Zweige der Sozialversicherung sei fast restlos gelungen bei der Krankenvversicherung, nicht so bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Eine Novelle zur Unfallversicherung, die die jetzt bestehende Einheitsrate aufhebt, die Renten der Schwere-Unfallverletzten erhöht und die Sachleistungen, insbesondere die Berufsfürsorge weiter ausbaut, werde dem Reichstag demnächst zugehen.

An der Frage der Knappschaftsversicherung sei in nächster Zeit zwischen den beteiligten Interessenten eine Verständigung zu erwarten. Eine besonders große Leistung sei die jetzt durchgeführte neue textliche Ausgabe der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes.

An der Frage der Versicherung der Rechtsanwältinnen und ihrer Hinterbliebenen sei Reuland betreten worden. Auf Grund umfangreicher Vorarbeiten der Beteiligten werde hier zum ersten Male ein auf weitestgehender Selbstverwaltung basierter Versuch gemacht, der von großer Bedeutung für andere freie Berufe werden könnte. In einer Erklärung vom 1. September 1924 habe sich die Regierung mit Bezug auf die Arbeitszeit

grundsätzlich auf den Boden der Ratifikation des Washingtoner Abkommens

gestellt. Das Internationale Arbeitsamt sei bis jetzt aber noch nicht in der Lage gewesen, die volle Uebereinstimmung über die Ratifizierung bei den anderen beteiligten Ländern herbeizuführen. Die gegenwärtige Reichsregierung stehe zu der Erklärung, die im September 1924 von der verlassenen Regierung veröffentlicht worden sei. Die Vorbereitungen für ein neues Arbeitszeitgesetz seien aufgenommen.

Die Regierung sei um eine Verbesserung des Index bemüht. Verantwortlich und schwer und auf die Dauer für das Ministerium kaum tragbar, sei die Arbeit, die ihm jetzt bei der Regelung der Lohnverträge zufalle. In viel zu vielen Fällen — im vergangenen Jahre 368 mal — schloßen die Parteien die Arbeitslosen, die zu Beginn des vorigen Jahres eine Million überschritten hatte, konnte im Herbst auf 420 000 heruntergedrückt werden, sie beträgt gegenwärtig 530 000. Die Mängel der bestehenden Arbeitslosenversicherung sollen durch ein Gesetz über die endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung überwunden werden. Größtes Gewicht habe das Ministerium auf die produktive Erwerbslosenfürsorge gelegt. Es sei gelungen, mit ihrer Hilfe umfangreiche Oedländereien in fruchtbares Land zu verwandeln.

Zu seinem Bedauern müsse das Ministerium feststellen, daß die Anwendung der Fürsorgepflichtverordnung durch Länder und Gemeinden, vor allen in den ländlichen Distrikten, zu wünschen übrig lasse.

Die Renten für die Kriegsopter

erfordern im Jahre 1925 869 984 000 M. Dazu treten noch 229 Millionen für die Pensionierung der Offiziere, der ehemaligen Militärbeamten und ihrer Hinterbliebenen. Die Renten der Kriegesbeschädigten seien seit der Einführung der Gold-

markbeträge um 72 1/2 Proz. erhöht worden. Ein weiterer Ausbau der Wohnungszwangswirtschaft müsse einsehen, die Mieten müßten rascher an den Friedensstand herangebracht werden, damit die Bautätigkeit schärfer einsetze. Bswilligen Mietern werde ein Schutz künftig nicht mehr zuteil werden können, dagegen seien gutwillige Mieter und linderreiche Familien zu schützen und Wohnungswucher zu verhüten. Der Minister schließt mit der Ueberszeugung, daß die Sozialpolitik nicht nur nicht zum Stillstand gekommen, sondern in erfreulicher Weise fortentwickelt worden sei.

Der Berichterstatter Abg. Hoch (Soz.)

fand der günstigen Darlegung des Ministers über die Arbeiten des Reichsarbeitsministeriums nicht beifällig. In vielen Fällen habe das Ministerium durchaus versagt. Er vermisse, daß das Ministerium die Erhaltung und die Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft zum Mittelpunkt seiner Sozialpolitik mache. Kurzfristige Unternehmer hätten in erster Linie ihren eigenen Gewinn im Auge. Sie dächten nur an niedrige Löhne und hohe Preise. Da habe das Ministerium eingegriffen und ihnen nachdrücklich zu Gemüte zu führen, daß ihre Rechnung falsch sei. Was für die Sozialpolitik ausgenutzt werde, sei kein wirtschaftlicher Verlust, sondern eine Voraussetzung der wirtschaftlichen Prosperität. Es habe lange gedauert bis sich das Ministerium dieser Aufgabe bemußt geworden. Warum habe das Ministerium nicht dafür gesorgt, daß die Arbeiterinteressen beim Abschluß der Handelsverträge vertreten waren, wie dies auf englischer und französischer Seite geschehen sei? Die Arbeitsleistung des Ministeriums auf dem Gebiete der Beschäftigung sei durchaus ungenügend. Dem Reichstag sei bei seinem Zusammentritt keine einzige Vorlage vorgelegt worden und die Ausschüsse könnten die wichtigsten Gebiete der Sozialpolitik gar nicht in Angriff nehmen. Eine der ersten Arbeiten müsse das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge sein. Er befürchte stark, daß die Vorlage in diesem Jahre überhaupt nicht fertig werde. Eine solche Verschleppung sei unerträglich. Er anerkenne, daß der einzelne Beamte des Ministeriums durchaus seine Pflicht, vielfach mehr als das getan habe. Wenn der Personalbestand angesichts der großen Arbeiten des Ministeriums zu stark herabgemindert worden sei, so trage doch der Minister dafür die Verantwortung. Er hätte den Zurechnungen des Finanzministeriums, das in keiner Weise vorbildlich sei, für die Durchführung von Ersparnissen aus personellem Gebiet, stärkeren Widerstand entgegenzusetzen müssen. Dem Ministerium müßten so viel Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden, daß es seine sachlichen Arbeiten rasch und zuverlässig erledigen könne.

Zum Schluß beschäftigt sich der Berichterstatter sehr eingehend mit den Wünschen der Beamten des Reichsarbeitsministeriums und der nachgeordneten Dienststellen, die er als durchaus berechtigt anerkennt und für die er entsprechende Anträge in Aussicht stellt. Er kündigt vor allem die Wiederaufnahme der alten sozialdemokratischen Forderung an, nach welcher die Diätäre nach fünfjähriger Dienstzeit in Planstellen eingereiht werden sollen.

Die Debatte wird auf die Personal- und Verwaltungsfragen beschränkt. Mitberichterstatter Erling (Str.) macht unter Hinweis auf den Abbaucharakter der Versorgungsbehörden Bedenken gegen die angeforderten Anträge zur Verbesserung der Lage der Beamten der Versorgungsbehörden geltend und will sich auf die Befähigung tatsächlicher Härten beschränken. In gleicher Richtung bewegen sich die Ausführungen des Abg. Schmidt-Stettin (Dnt.), während der Abg. Hofmann (Soz.) auf die zahlreichen neuen Aufgaben verweist, die den Versorgungsbeamten zugewachsen seien. Die schwierige Arbeit der Versorgungsbeamten mache es dem Reichstag zur Pflicht, ganz offensiv Ungerechtigkeiten, die bei der Behandlung der Versorgungsbeamten in der Vergangenheit vorgekommen seien, zu befechtigen.

Die Abstimmung über die angeforderten Anträge, die noch genauer formuliert werden sollen, wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

ungarischen Parteiverhältnisse vorbehalten. Auf Grund all dieser Kundgebungen spricht die Kommission die Hoffnung aus, daß die Erklärungen der ungarischen Genossen es erleichtern werden, die aus den Bedingungen der Konterrevolution entstandenen Irrungen und Streitigkeiten innerhalb der ungarischen Sozialdemokratie zu überwinden.

Vor dem französischen Parteitag.

Zum Parteitag der französischen Sozialistischen Partei, der am 8. Februar in Grenoble zusammentritt, liegen nunmehr die Berichte des Parteivorstandes, der Parliamentsfraktion und der Bericht der Partei bei der Internationale vor, die ein Bild über die Entwicklung und die Tätigkeit der Partei geben.

Die Anzahl der Parteimitglieder ist von 50 500 im Jahre 1923 auf rund 73 000 im Jahre 1924 gestiegen. Damit hat die Partei trotz der kommunistischen Abspaltung die Stärke des Jahres 1913 fast wieder erreicht. Während sie im Augenblick der Spaltung kaum 50 000 von rund 180 000 Mitgliedern der geeinten Partei um sich zu scharen vermochte, ist sie heute bereits bedeutend stärker als die kommunistische Partei, deren Mitgliederzahl in der offiziellen Statistik der Kommunistischen Internationale für 1924 mit 50 000 angegeben ist.

Die Wahlen im Jahre 1924 brachten der sozialistischen Partei 104 Sitze in der Kammer und 6 im Senat. Von den Abgeordneten sind 40 auf rein sozialistische, 61 auf Listen des Linkstutells gewählt. Auf die rein sozialistischen Listen entfielen 687 665 Stimmen, auf die Kartell-Listen insgesamt 2 107 545, wovon die Hälfte den Sozialisten zugerechnet werden muß. Die Partei hat daher rund 1 700 000 Wählerstimmen auf sich vereinigt. In 18 Wahlkreisen standen einander eine rein sozialistische und eine kommunistische Liste gegenüber; in nicht weniger als 117 davon trugen die Sozialisten die überwiegende Mehrheit davon.

Im Frühjahr finden in ganz Frankreich die Gemeindevahlen statt, durch die indirekt auch ein Einfluß auf die Zusammensetzung des Senats ausgeübt werden kann. Der Parteitag soll nun u. a. darüber entscheiden, inwiefern bei diesen Wahlen abermals ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Radikalen zulässig sein soll. Die Meinungen darüber sind in der Partei geteilt und bei der Diskussion dieser Frage spielt die Beurteilung der bisherigen Erfolge der Partei in ihrer Politik gegenüber der Regierung eine große Rolle. Während ein Teil der Genossen der Ansicht ist, daß die Ergebnisse der Haltung der Partei im Parlament und im Staate eine analoge Taktik bei den Gemeindevahlen rechtfertigen, wird diese Politik auf den Bezirksparteitagen, die sich mit der Vorbereitung des Parteitages beschäftigen, von einer starken Minderheit kritisiert.

Der Parteivorstand hat in einem Beschluß Stellung genommen, in dem er ausdrücklich darauf hinweist, daß durch die Ermächtigung des vorjährigen (Partei-) Parteitages keinerlei dauernde Verbindung mit anderen Parteien begründet, vielmehr nur ausnahmsweise und unter besonderen Umständen lokale Verbündnisse zugelassen seien. Der Beschluß weist auf die Resolutionen des außerordentlichen Parteitages vom Juni 1924 und des Parteirates vom November 1924 und erklärt, daß wer unter diesen Umständen öffentlich von einer dauernden Bindung der Partei innerhalb eines „Blocks“ oder „Kartells“ rede, sich in Widerspruch zu den Parteitagebeschlüssen setze.

Außerdem wird sich der Kongress mit der Ausarbeitung eines Kommunalprogramms und mit der Frage der Kammerwahlreform beschäftigen.

Parteitag der holländischen Sozialdemokratie.

Vom 14. bis 16. Februar findet in Amsterdam der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands statt. Ueblicherweise wird der Parteitag alljährlich zu Ostern abgehalten; in diesem Jahre ist er zu einem früheren Termin angelegt worden, weil die holländische Partei sich auf die kommenden Wahlen vorbereitet, die in den Niederlanden voraussichtlich am ersten Mittwoch im Juni stattfinden werden.

Den Hauptgegenstand der Beratungen des Parteitages wird daher das Wahlprogramm der Partei bilden. Dieses stellt an die Spitze der Forderungen der Partei die Frage der Abrüstung, des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in der Industrie und des öffentlichen Unterrichtswesens, das von den Verschlechterungen befreit werden soll, die es sich unter der kerikalen Regierung gefallen lassen mußte.

Der Bericht, den das Parteisekretariat an den Parteitag erstattet, betont insbesondere die in Holland in der letzten Zeit stark gestiegene Notwendigkeit einer innigeren Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften. Diese Frage ist in den Spalten des Zentralorgans der Partei „Het Volk“ in einer Diskussion erörtert worden, an der sich zahlreiche führende Parteigenossen beteiligten.

Die holländische Partei zählte im Jahre 1924 39 590 Mitglieder. Bei den letzten Wahlen erhielt sie 567 772 Stimmen (19,4 Proz.) und 20 (von insgesamt 100) Abgeordnete. Zum Vergleich seien die entsprechenden Zahlen für die holländischen Kommunisten angeführt: 1500 Mitglieder, 33 664 Stimmen (1,5 Proz.) und 2 Abgeordnete.

Gründung einer Arbeiterpartei in Kuba

Vor einiger Zeit wurde in Habana ein Komitee eingesetzt, welches die Vorbereitungen für die Gründung einer Arbeiterpartei in Kuba durchführen soll.

Das Komitee hat nunmehr das Programm und die Statuten ausgearbeitet, die einer demnächst stattfindenden Versammlung vorgelegt werden sollen. Die Partei wird den Namen „Kubanische Arbeiterpartei“ tragen. Verbindungen mit den sozialistischen Vereinen, die in anderen Teilen des Landes bestehen, sind hergestellt.

Das erste Februartreffen der „Gemeinde“ ist den Problemen der Landgemeinde gewidmet und enthält darüber Beiträge über „Geschichte der Kreisverwaltung“ von Janotta, „Unsere Aufgaben in den Landgemeinden“ von Karl Wolff, „Steuerpolitik in den Landgemeinden“ von Erich Gierke, „Wohnungsneubau im Landkreis“, „Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit elektrischer Energie“ von Max Walter, „Ländliche Verkehrswege“ und „Straßenbau“ von Hans Gertner. Ferner Ratigen über Befehlsgebung, Verwaltung und aus der Praxis einzelner Gemeinden.

Aus der Partei.

Der ungarische Parteikonflikt.

Bericht der Viererkommission an die Exekutive der SWJ.

Auf ihrer Januartagung in Brüssel hatte die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschlossen, eine Kommission, bestehend aus vier Mitgliedern einzusetzen, um der Sozialdemokratischen Partei Ungarns bei der Behebung der in der Partei entstandenen Schwierigkeiten behilflich zu sein. Es handelte sich vor allen Dingen darum, die Angelegenheit des Paktes zu klären, die die ungarische Parteileitung im Jahre 1921 mit der Regierung Bethlen abgeschlossen hatte und eine Spaltung zu verhindern, die infolge des Kampfes zwischen Parteileitung und Opposition zu entstehen drohte.

Von der Exekutive wurden in die Kommission die Genossen Louis de Broekere und Tom Shaw gewählt. Die ungarische Parteileitung wählte als ihren Vertrauensmann Genossen Karl Kautsky und die Gruppen der Opposition und Emigration Genossen Otto Bauer in die Kommission. Die Kommission konstituierte sich am 26. Januar in Wien und hat nun auf Grund ausführlicher Aussprache mit den Vertretern der ungarischen Parteigruppen einen Bericht ausgearbeitet, den sie auf die Tagesordnung der nächsten Exekutive zu stellen erjuht.

In diesem Bericht werden ausführlich die Verhältnisse geschildert, die die ungarische Parteileitung im Jahre 1921 veranlaßten, einen Pakt mit der Regierung Bethlen abzuschließen, um der Arbeiterbewegung eine gewisse Bewegungsfreiheit zu sichern und dem Terror der Regierung entgegenzuwirken. „Es ist unbestreitbar“, heißt es in dem Bericht, „daß die Milderung des Volkseindrudes, die durch den Pakt erkauft wurde, ein schnelles und bedeutendes Erstarken der ungarischen Arbeiterbewegung zur Folge hatte. Ebenso wenig ist, daß sich die ungarische Parteileitung in den folgenden Jahren bemüht hat, sich von den ihr durch den Pakt auferlegten Fesseln wieder zu befreien. Sie hat sich mit Recht an den nur unter dem Druck einer ehrlosen Erpreßung zustande ge-

kommenen Pakt umso weniger gebunden erachtet, als die Regierung Bethlen selbst die von ihr in dem Pakt übernommenen Verpflichtungen wiederholt gröblich verletzt hat. Schon 1922 hat die Parteileitung einer Reihe von Bestimmungen des Paktes offen zuwider gehandelt. Ende 1924 hat sie endlich den Wortlaut des Paktes veröffentlicht und damit deutlich kundgetan, daß sie den ihr von Bethlen aufgezwungenen Geheimvertrag als zerrissen ansieht. Trotzdem ist es genöthig begreiflich, daß der Abschluß eines Paktes, der nach Inhalt und Form aller Tradition der internationalen Arbeiterbewegung so völlig widerspricht, eine Opposition in der Partei herzurufen mußte.“

Nach Darlegung weiterer Einzelheiten des ungarischen Parteikonfliktes, der sich unter den unnormalen Verhältnissen des politischen Lebens Ungarns verschärft, appelliert die Kommission eindringlich an die ungarischen Genossen, alles zu vermeiden, was die Einheit der Partei gefährden könnte. In Ungarn, wo die Arbeiterklasse einen noch viel schwereren Kampf zu führen hat als in den anderen Ländern, wäre eine Parteispaltung ein durch nichts zu rechtfertigendes Verbrechen an der Zukunft des Proletariats.

Die Kommission stellt in ihrem Bericht mit Genugtuung fest, daß sich die ungarischen Genossen dieser Erkenntnis nicht verschließen. Aus eigener Initiative wurden von der Parteileitung wie von den verschiedenen Gruppen der Opposition Erklärungen abgegeben, die auf den gemeinsamen Willen hindeuten, eine Parteispaltung zu vermeiden und den bestehenden Konflikt auf dem Wege der innerparteilichen Verständigung zu beheben. Wichtig ist vor allem in politischer Hinsicht folgender Passus der Erklärung der Parteileitung: „Die ungarische Parteileitung betrachtet sich schon seit langer Zeit durch den mit der Regierung Bethlen im Jahre 1921 unter dem Zwange der Verhältnisse abgeschlossenen sogenannten Pakt nicht mehr für gebunden.“ Andererseits wird von den Delegierten der Opposition und der Emigration erklärt, daß sie keine oppositionelle Sonderorganisation antreiben und die Erhaltung der Parteieinheit als ein Lebensinteresse des ungarischen Proletariats betrachten, sich aber das Recht freimütiger Kritik der

FÜR JEDE JAHRESZEIT

SALAMANDER

SCHUHE



Das Testament.

Von Klabund.

Im Ratskeller zu Croffen machte Bracke sein Testament. Er fandte, wie der reiche Mann im Evangelium (ob er gleich keinen Heller zu vergeben hatte), den Anstich vom Ratskellerwirt auf die Strohe und ließ verkünden: alle fahrenden Beiler und Waggabunden und Strohenläufer möchten zu ihm in den Ratskeller kommen. Er habe sie in seinem Testament zu beschenken und zu bedenken. Und er berief einen Advokaten und setzte ihn mit Tintenbüchse, Federtafel, Streuland, Pergament und Siegel neben sich. Und als die Waggabunden und Wagganten erschienen waren — es waren ihrer etwa ein halbes Duzend, die der Ratskellerknecht aufgetrieben hatte — da ließ er sich von jedem den Namen sagen und vererbte einem jeden, indem er dem Advokaten diktierte, eine Gegend des märkischen Landes zur Strohe.

Da vererbte er dem rothhaarigen Hannes die Berleberger Gegend, dem Spenglerjoch das Brensfauer Land, dem frommen Adolf das Bistum Zebus, dem hageren Türkenmüller den Kreis Croffen und die Niederlausitz, der Pöckelmaße als Frau keine Geburtsstadt Trebbin.

Und es geschah, daß jeder dieser Leute sein Testament wie einen heiligen Willen aufnahm und buchstäblich befolgte — und daß jeder wie durch Gottes Wunder in der ihm zugewiesenen Gegend reichlich fröhlich zu leben und nie mehr zu hungern hatte. Deshalb jeder der Waggabunden, die sich später sämtlich recht und schlecht mit Rägden oder Bauernmädchen verheirateten, seinen Erstgeborenen Bracke mütter.

Der hagerer Türkenmüller aber, der es in Croffen durch Weinhandel zu etwas brachte, ließ in einem seiner Weinberge eine Kapelle erbauen, in die er eine nachgöckliche Statue des Bracke stellte und an dessen Geburts- und Todestag Lichter davor entzündete wie vor einem Heiligen.

Wie groß ist die Welt?

Von Prof. Dr. Walter Andersen.

Der Zaie hält die Welt meistens für unendlich. Die Ergebnisse der Astronomie aber scheinen für das Gegenteil zu sprechen. Mit bloßem Auge kann man am Himmel etwa 5000 Sterne erkennen. Wenn nun der Weltraum, was die nächstliegende Annahme ist, überall gleichmäßig von Sternen erfüllt wäre, so müßte man mit einem Fernrohr, das doppelt vergrößert, in jeder der drei Dimensionen doppelt, im ganzen also achtmal soviel Sterne sehen, d. h. die Anzahl der gesehenen Sterne müßte sich in der dritten Potenz der angewandten Vergrößerung steigern. Nun sieht man aber bei fünfacher Vergrößerung nur 100 000, bei zehnfacher nur 5 Millionen und bei 500facher, der größten bisher erreichten, nur 100 Millionen Sterne. Die Zahl der sichtbaren Sterne wächst also bei steigender Vergrößerung des Fernrohrs sehr viel langsamer, als nach unserer Heberlegung zu erwarten ist. Daraus hat man den schwer vermeidbaren Schluß gezogen, daß die Sterne um so seltener werden, je weiter wir uns von unserem Sonnensystem entfernen. Aus dem Grade, in dem diese Seltenheit wächst, kann man errechnen, bei welcher Vergrößerung eine weitere Zunahme der sichtbaren Sterne nicht mehr zu erwarten ist. Die Zahl aller bei dieser Vergrößerung wahrnehmbaren Sterne wäre die Gesamtzahl der überhaupt existierenden. Sie beträgt etwa 1 1/2 Milliarden.

Von diesen 1 1/2 Milliarden Sternen ist der uns zunächst gelegene die Venus, die nur etwas über 40 Millionen Kilometer von uns entfernt ist. Der von uns entfernteste Stern unseres Sonnensystems, Neptun, ist schon etwa 4500 Millionen Kilometer von uns getrennt. Ganz anders aber wachsen die Entfernungen, wenn wir nun zu dem nächsten, außerhalb unseres Sonnensystems gelegenen Stern übergehen. Dieses ist Proxima Centauri, ein etwa 38 Billionen Kilometer, d. h. über 30 000 Neptunabstände von uns entfernter Stern. Die Entfernung des hellsten Fixsterns am Himmel, des bekannten Sirius, von uns beträgt schon etwa 80 Billionen Kilometer. Das fernste astronomische Gebilde, dessen Entfernung wir noch mit einiger Sicherheit angeben können, ist der Sternhaufen N. G. C. 706, von dem Shapley annimmt, daß er 25 000 Siriusabstände von uns entfernt ist. Von dieser Entfernung kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man hört, daß sein Licht, obwohl es 300 000 Kilometer in der Sekunde durchläuft, 200 000 Jahre braucht, um zu uns zu gelangen. Der Sternhaufen selbst, der durch die größten Fernrohre wie ein winziges Fleckchen am Himmel aussieht, ist so ausgedehnt, daß das Licht fast 100 Jahre braucht, um von einem Ende desselben zum anderen zu gelangen. Noch weiter als dieser Sternhaufen ist allem Anschein nach die Sternwolke N. G. C. 6822 von uns entfernt. Shapley schätzt ihre

Entfernung auf annähernd 10 Trillionen Kilometer. Zur Zurücklegung dieser Entfernung würde das Licht eine Million Jahre brauchen. Soweit unser Wissen reicht, enthält diese Sternwolke die von uns entferntesten Sterne des Weltalls.

Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, mit Zahlen, die wir in unserer Jugend kaum den Hörsälen nach konnten, wie mit bekannten Größen umzuspringen. So mögen wir uns leicht einreden, daß wir mit den Worten Million und Billion eine ziemlich deutliche Vorstellung verknüpfen. Tatsächlich aber ist das eine Selbsttäuschung. Das menschliche Vorstellungsvermögen ver-

obachtungen bei diesem Himmelsvorgang zu machen. In fernem Zeiten der Vergangenheit begrüßte man eine Sonnenfinsternis nicht so anteilnehmend wie heutzutage, sondern sie rief Schrecken und Entsetzen hervor. Lange herrschte die primitive Anschauung, daß ein böser Drache die Sonne verschlinge, und die Menschen verübten, den Drachen durch großen Lärm und das Schlagen von Trommeln zu verschrecken, und lobten die Rückkehr des Lichtes als Erfolg ihrer Bemühungen an. Selbst als man bereits wußte, daß die Verfinsternung durch den Mond, der die Sonne verborst, hervorgerufen wird, wurden doch noch die beiden Punkte, in denen die Bahn des Mondes die der Sonne kreuzt, als Kopf und Schwanz des Drachens aufgefaßt.

Eine der ältesten Mondfinsternisse, von denen wir Kunde haben, war die im Jahre 2150 v. Chr.; sie wurde den beiden chinesischen Hofastronomen Ho und Si zum Verhängnis, denn der Kaiser von China verurteilte sie zum Tode, weil sie ihm nicht vor dem Eintreten dieses Ereignisses gewarnt hätten. Etwa 1100 Jahre später haben wir den ersten genauen Bericht einer totalen Sonnenfinsternis, und zwar in einer babylonischen Inschrift, die lautet: „Am 26. Tage des Monats befanden sich die Götter in der Mitte des Himmels.“ Das hier angegebene Datum läßt sich auf den 31. Juli 1063 v. Chr. bestimmen. Dieser sowie andere Berichte des Altertums bezeugen den großen Wert, den die Völker der alten Welt der Bewegung des Mondes von Jahrhundert zu Jahrhundert allmählich schenken. Als ein glückbringendes Ereignis erwies sich die Sonnenfinsternis des Jahres 365 v. Chr., die von einem der „Sieben Weisen“ Thales von Milet vorausgesagt wurde und die den Krieg zwischen den Ägyptern und Medern beendete. Durch die plötzlich auftretende Finsternis wurde nämlich eine große Feindschaft zwischen ihnen unterbrochen, und der Eindruck des Himmelsereignisses war so gewaltig, daß sie sich miteinander vertrugen. Viele Berichte von totalen Sonnenfinsternissen finden sich in den Chroniken des Mittelalters, aber sie sind sehr ungenau und von fabelhaften Wärdchen umgeben, so daß sie nicht den exakten Beobachtungsmerkmale besitzen wie die Aufzeichnungen der alten Babylonier und Ägypter. Mit der Entwicklung der Fernrohre wurde das Interesse an diesen Erscheinungen immer größer, und man begann um die Mitte des 19. Jahrhunderts „Sonnenfinsternis-Expeditionen“ auszurüsten, so nach Norwegen 1851, nach Spanien 1860 und 1870. Die Einführung der Photographie bot einen großen Vorteil für die Beobachter.



Erkannt.

„Man sieht doch gleich, daß Sie Mitglied der Deutschen Volkspartei sind.“
„Wie?“
„Weil Sie Ihre Bälle immer als Nachläufer spielen!“

mag sich von so gewaltigen Größen nur einen sehr unvollkommenen Begriff zu machen. Wenn man derartige Größen unserem Verständnis näher bringen will, bleibt nur das Hilfsmittel, sie alle im gleichen Verhältnis zu reduzieren, daß sie uns dadurch faßbar werden. Das hat der englische Astronom Jeans in der Einleitung eines von ihm gehaltenen Vortrages über die Entstehung des Sonnensystems in sehr geschickter Weise getan. Er schlägt vor, sich diejenige Bahn, die die Erde um die Sonne beschreibt, als einen Punkt von 4 Millimeter (er sagt 1/100 Inch) Durchmesser vorzustellen. Dann würde die Erde selbst zu einem Stäubchen zusammen schrumpfen, das 1/1000 Millimeter Durchmesser hätte. Die Bahn des Neptun hätte dann die Größe eines Pfennigs, Proxima Centauri wäre 70, der Sirius etwa 145 Meter von uns entfernt. Der Sternhaufen N. G. C. 706 würde dann 3800 und die Sternwolke N. G. C. 6822 etwa 19 000 Kilometer von uns entfernt sein. Das ist ungefähr die wirkliche Entfernung des Erdmittelpunktes vom Äquator. Das (uns bekannte) Weltall hätte also bei dieser Verkleinerung ungefähr dieselbe Größe, welche unsere Erde in Wirklichkeit hat, woraus folgt, daß sich der Weltraum zur Erde verhält wie diese zu einem Stäubchen von 1/100000 Millimeter Durchmesser.

Berühmte Sonnenfinsternisse.

Die Sonnenfinsternis, die bei uns nur teilweise sichtbar war, wurde in den vorkristlichen Sagenen in Kanada und im Nordosten der Vereinigten Staaten, wo sie als total erschien, mit dem größten Interesse betrachtet, und die Hochgelehrten hoffen, wieder wichtige Be-

„Am Kiefernbaum. Wer mit offenen Augen durch den Wald geht, dem fällt am unteren Ende besonders der alten Bäume ein ziemlich lebhaft grüner Ueberzug auf. Führt man mit dem Finger darüber hin, so fahrt der Ueberzug wie grüner Staub ab. Fast unter dem Mikroskop erkennen wir, was es mit diesem „Anstrich“ auf sich hat. Wir sehen dann Myriaden winziger Kugeln — eine Menge einfacher Form und zugleich eine der kleinsten Arten überhaupt, die aber dafür in der ganzen Welt verbreitet ist. Ihre Vermehrung bewirkt sie in der denkbar einfachsten Art, indem jedes Kugeln, sobald es seine normale Größe erlangt hat, sich teilt. Jede geschlechtliche Differenzierung fehlt vollständig. Ebenso wenig sind Organe für die Nahrungsaufnahme vorhanden. Wenn Regenwässer am Stamm herunter über die kleine Ägge hinwegrieselt, nimmt sie mit ihrer ganzen Oberfläche aus dem Wasser auf, was sie braucht.“

Am Boden, rings um den Grund der Ästler, liegen abgetrennte Vorantennen des Baumes. Wenn er in die Höhe wächst, kann die Ästler perforierte und verholzte Rinde nicht umschaffen, sondern es wird unter der Oberfläche feis neue Rinde angelegt und die alte wird allmählich in großen Schuppen abgeprengt. Man kann diese Schuppen oft leicht mit dem Finger ablösen und wird dann finden, daß sie eine sehr verschiedene, aber immer scharf umrissene Form haben, die oft wie mit einem Kurvenmesser gezogen erscheint.“

Mit den abgeprengten Schuppen fällt natürlich eine Menge der kleinen grünen Ägge zu Boden, wo sie allmählich abgetrennt geht. Aber die ungeheure ausgiebige Vermehrung durch einfache Teilung schließt sie vor Vernichtung. Dagegen können sich höhere organisierte Pflanzen, wie z. B. Moose, nur ausnahmsweise an Kiefern halten. Bevor sie sich recht entwickeln können, fallen die betreffenden Vorantennen ab. Dafür ist aber die röhrlige, stielartige Rinde der Ästler mit ihren unzähligen kleinen Spalten ein idealer Lebensort für zahlloses Kleingetier und daher auch ein nicht minder guter Lebensort für größere Tiere (Puppenkäfer, Spinnweben usw.).

Die größte Quelle Europas. In der Nähe des im Hannoverischen gelegenen Dorfes Rumpshöhe entspringt der Rumpshöhe, dessen Quelle als die größte Europas, wenn nicht der Welt bezeichnet werden kann. Im Volksmund heißt sie Rumpshöhe. Neue Messungen haben ergeben, daß die Quelle in der Stunde 45 Hektoliter Wasser liefert, in der Minute also 2700, in der Stunde 162 000 und am Tage 3 888 000 Hektoliter, das ist also mehr als alle Stadt- und Dorfbewohner Deutschlands täglich brauchen.

Matteo Falcone.

8) Von Prosper Mérimée.

Wie dem auch sei, der Feldwebel Gamba bot seine Uhr offenbar allen Ernstes an. Fortunato hielt seine Hand im Saum, aber er sagte bitter lächelnd:
„Was koppt Ihr mich?“
„Bei Gott, ich koppe dich nicht! Sage mir bloß, wo Gianetto ist — und die Uhr ist dein!“

Im Fortunatos Mund klog ein ungläubiges Lächeln, und indem er seine schwarzen Augen auf die des Feldwebels heftete, suchte er darin zu ergründen, ob er dessen Worten glauben dürfe.
„Ich will mich degradieren lassen“, rief Gamba, „wenn ich dir unter dieser Bedingung die Uhr nicht gebe. Die Kameraden sind Zeugen. Ich kann mein gegebenes Wort nicht zurücknehmen.“
Wie er so sprach, ließ er die an der Kette hängende Uhr hin und her pendeln, so daß sie der gleichen Wange des Knaben ganz nahe kam. Auf Fortunatos Gesicht spiegelte sich der Kampf, der in seiner Seele zwischen seiner Begehrlichkeit und der Ehrfurcht vor dem Götterbild tobte. Die nackte Brust schmol ihm; er tang sichtlich noch Atem. Währenddessen ward die Uhr hin und her geschleudert, wobei sie sich drehte und zuweilen an Fortunatos Nase tippte. Nach einer Weile hob sich langsam seine Rechte nach der Uhr hin; die Spitzen ihrer Finger berührten sie, und schließlich lag sie ihm schwer in der Hand, doch ohne daß der Feldwebel das Ende der Kette losließ. Das Zifferblatt war aus Silber... das Gehäuse fängt blank gepulvert... es flammte in der Sonne wie eitel Feuer... Die Verführung war allzu mächtig.
Fortunato hob nun auch die linke Hand und wies mit dem Daumen über seine Schulter weg nach dem Heuschäbber, an den er geklebt stand.
Gamba begriff die Geste sofort. Er gab die Kette frei; Fortunato fühlte sich im Vollbesitz der Uhr. Behend wie eine Hündin richtete er sich gerade und ging zehn Schritte weg vom Heuschäbber, dem die Ägge sofort auseinanderfiel.
Es dauerte nicht lange, da bewegte es sich im Heu, und ein blutbedeckter Mann trat heraus, den Dolch in der Hand; doch als er verachtete, sich auf seine Füße zu stellen, wachte es ihn liegend... er wurde ummäßig, sich aufrecht zu halten. Er kam um

Der Feldwebel stürzte auf ihn und nahm ihm den Dolch. Abdamm legte man ihm trotz seines Widerstandes starke Fesseln an.
Als Gianetto, wie ein Bündel Reihig verschnürt, auf dem Boden lag, wandte er den Kopf nach Fortunato, der wieder näher gekommen war. „Mißgebur! du!“ sagte er zu ihm mit mehr Verachtung als Jörn.
Der Knabe war ihm das Silberstück hin, das er von ihm empfangen hatte, im Gefühl, daß er kein Recht mehr darauf hatte. Aber der Besähtete achtete dieser Bewegung nicht. Kaltblütig sagte er zum Feldwebel: „Dieser Gamba, ich kann nicht laufen. Ihr müßt mich schon tragen, hinab zur Stadt!“
„Eben noch ließt du schneller als ein Reh“, erwiderte der graulame Sieger. „Doch sei beruhigt! Ich bin dermaßen froh, daß ich dich habe, daß ich dich eine Stunde lang auf dem Buckel tragen könnte, ohne moß zu werden. Zunächst, lieber Freund, wollen wir dir eine Bohre aus Zellen und deinem Mantel zurechtmachen. In der Kellerei von Crespoli bekommen wir Pferde.“
„Gut!“ meinte der Gefangene. „Etwas Stroh legt Ihr mir doch auch auf die Bohre, damit ich besser liege.“
Wie die Ägge also beschäftigt waren, die einen, aus Koffantendarmzweigen eine Art Tragebrett herzustellen, die anderen, dem Gianetto die Wunde zu verbinden, da tauchten mit einem Male Matteo Falcone und sein Weib an der Wendung des Pfades auf, der zum Einschmal führte. Die Frau ging tiefgedrückt unter der Last eines Riesensackes voll Kastanien, während der Mann, der nicht trug als eine Büchse in der Hand und eine zweite am Riemen über der Schulter, wie ein Prügel folierte; es ist doch eines Mannes unwürdig, andere Bürde zu tragen als seine Waffen.
Angelehnt der Soldaten war Matteo's erster Gedanke: Die wollen mich verhaften! Aber warum dieses Weibstrauen? Hatte er mit dem Gericht irgendwie zu schaffen? Keineswegs. Er genoh einen guten Ruf. Er war, wie man zu sagen pflegt, eine wohlbeleumdete Person. Aber er war kurz und Gebirgler, und es gibt unter den Korien in den Bergen nur wenige, die bei genauer Prüfung ihres Gedächtnisses nicht irgendwelche kleine Sünde fanden, sei es, daß ihnen einmal das Gewehr plötzlich losgegangen oder der Dolch abgerutscht oder sonst eine Bagatelie passiert wäre. Mehr denn sonst einer durfte sich Matteo eines reinen Gewissens rühmen, war es doch schon über zehn Jahre her, daß er einmal sein Gewehr auf einen Rechten angelegt hatte. Immerhin, Verhaftet war geboten, und er legte sich in Bereitshaft, sich nötigenfalls zu verteidigen.

„Weib“, sagte er zu Giuseppa, „leg deinen Egg wieder auf!“
Sie gehörte ohne weiteres. Er gab ihr die Büchse, die er am Riemen getragen hatte und die ihm jetzt hinderlich sein konnte; die andere, die er in der Hand hielt, machte er schußbereit. Sodann schritt er langsam auf sein Haus zu, dicht an den Säulen hin, die den Weg säumten, bereit, beim geringsten feindlichen Zeichen schlaunigt hinter den nächsten Stamm zu treten, um in Deckung zu gehen können. Sein Weib tratte ihm auf den Fersen nach, mit der zweiten Büchse und der Munitionstasche. Auf Korrika ist es das Amt einer guten Hausgenossin, im Fall eines Kampfes die Gewichte des Mannes zu laden.
Drüben dem Feldwebel ward es arg und chagrinlich zumute, als er Matteo derart anrücken sah, Schritt um Schritt, die Büchse schußfertig und den Finger am Abzug.
„Sollte es der Zufall gefügt haben“, dachte Gamba bei sich, „daß sich Matteo als Better oder Freund von Gianetto anlehnt und er ihn herauszauen will, so wird die Bedung von zwei Minuten zweien von uns so sicher aufs Fell brechen, wie der Donner dem Bißge folgt; und nimmt er mich ins Visier, so muß mir alle Welt schäme nicht.“
In so hochmühseliger Lage sah er einen sehr nützigen Entschluß, nämlich, Matteo allein entgegenzugehen und ihm das Geschick zu erzählen, wobei er ihn vertraulich anreden wollte. Doch der kurze Raum, der zwischen ihm und Matteo lag, kam ihm furchtlich lang vor.
„Hallo, alter Kamerad!“ schrie er. „Wie geht es dir. Ich bin, Gamba, dein Better!“
Ohne etwas zu erwidern, war Matteo stehengeblieben, und bei jedem Wort, das der andere sprach, hob er die Mündung seiner Büchse ein wenig, so daß der Lauf gen Himmel gerichtet war, im Moment, da Gamba bei ihm anlangte.
„Buon giorno, fratello!“ (Das ist der übliche Gruß auf Korrika: Guten Tag, Bruder!) sagte der Feldwebel, indem er ihm die Rechte bot. „Es ist lange her, seit ich dich nicht gesehen habe.“
„Buon giorno, fratello!“ wiederholte Matteo.
„Ich wollte dir und meiner Boie Peppina in Vorübergehen Guten Tag sagen. Wir haben heute einen tüchtigen Markt hinter uns; aber wenn wir auch müde sind, wir dürfen nicht liegen, denn wir haben einen famosen Gang gemacht. Eben haben wir den Gianetto Sanpiero ermüßt.“

